

Kommunal- wahlprogramm 2020



Alternative
für
Deutschland

Wir. Für Sie im Rat der Stadt Münster.



Grußwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen stehen im Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik haben so große Teile der einheimischen Bevölkerung ihren unmittelbaren Lebensraum, ihre Heimat, als so unsicher empfunden, wie heute.

Unser Land erscheint wie ein freigegebenes Territorium, auf dem sich umtun kann, wer will – und oftmals, wie er will. Viele Deutsche empfinden sich daher heute als Fremde im eigenen Land.

Dieser Verlust an Souveränität wird im tiefsten Inneren als Verletzung erlebt. Denn die Kontrolle über das eigene Territorium ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die Eliten in Berlin und Brüssel dagegen erklären uns all das als unvermeidlichen Preis der Globalisierung, von der wir angeblich so enorm profitieren.

Doch das stimmt nicht. Die Globalisierungsgewinne sind in Wahrheit höchst ungleich verteilt. Und der Verlust von Heimat und Geborgenheit ist nichts, was durch materielle Gewinne ausgeglichen werden kann.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen. Es gibt ein Recht auf Selbstbehauptung!

Bei der Kommunalwahl 2020 wird die AfD erstmals in nahezu sämtliche Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte Nordrhein-Westfalens einziehen. Sie wird dort, wie sie es im Bundestag und in den Landesparlamenten bereits mit Erfolg tut, ihre Stimme erheben, die Probleme beim Namen nennen und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

Wofür steht die AfD?

Grundsätzlich unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien in den folgenden Punkten:

- **Realpolitik statt Ideologie und Wunschdenken:** Nicht das gewünschte oder erhoffte Verhalten, sondern das tatsächlich zu erwartende Verhalten der Menschen muss die Grundlage der politischen

- **Anerkennung des Nationalstaats statt postnationaler Grenzenlosigkeit:** Die Nationalstaaten sind nach wie vor wichtige moralische Größen. Sie bilden Solidargemeinschaften und erlauben die emotionale Zugehörigkeit zu einer Großgruppe. Es sind gerade die Errungenschaften der Nationalstaaten, die Menschen aus aller Welt nach Deutschland und Europa ziehen!
- **Weniger EU statt mehr EU:** Die demokratiefernen Brüsseler Institutionen sind das unerkannte Machtzentrum des politischen Geschehens bei uns.
Wir fordern einen Rück- und Umbau der Union durch Neuverhandlung der europäischen Verträge.
- **Direkte Demokratie:** Unser Grundgesetz sieht Volksabstimmungen vor. Die etablierten Parteien jedoch fürchten Volksabstimmungen wie der Teufel das Weihwasser. Die AfD hat keine Angst vor der Meinung des Volkes und fordert Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.
- **Klare Trennung von Zuwanderung und Asyl:** Die etablierten Parteien haben die Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Die Unterscheidung muss wieder hergestellt werden! Die AfD fordert außerdem: Konsequente Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen, keine Versorgungsmigration und die Ausreise, nötigenfalls Abschiebung, aller Ausreisepflichtigen.
- **Zuwanderung muss sich an unseren Bedarfen orientieren:** Wir entscheiden, wer zu uns kommen darf – und wer nicht. Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als gastfreundliches Land kennenlernen.
- **Klima-Realismus statt Klima-Religion:** Die Klima-Hysterie des letzten Jahres ist von den Medien vorsätzlich und planmäßig erzeugt worden. Tatsächlich aber ist ein kritischer Zusammenhang zwischen menschengemachtem CO₂ und dem Klimawandel wissenschaftlich nicht belegbar. Die „Klimapolitik“ der mediengetriebenen Bundesregierung ist daher reine Symbolpolitik. Sicher ist jedoch, daß ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie den Zusammenbruch der Energieversorgung und des Wirtschaftsstandorts Deutschland

bedeuten würde. Wollen wir das?

- **Leitkultur statt Multi-Kulti-Spektakel:** Multikulturelle Gesellschaften sind strukturell immer auch multikonfliktuelle Gesellschaften. Leitkultur bedeutet demgegenüber, dass bei kulturell bedingten Wert- und Normkonflikten den Werten einer bestimmten Kultur der Vorrang zukommt. Diese Kultur kann in Deutschland nur die historisch gewachsene deutsche Kultur sein.
- **„JA“ zu Menschenwürde und Freiheit – „NEIN“ zu jedem Totalitarismus:** Keine Unterwerfung unter Ideologien, die unser freiheitliches soziales Modell im Namen „höherer Mächte“ oder Ziele beseitigen wollen!

Aus den Grundsatzpositionen der AfD leitet sich auch das kommunalpolitische Programm unserer Partei ab. Auf den folgenden Seiten finden Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Forderungen, die wir dabei erheben.

So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Städte und Gemeinden die Keimzellen des Staates. In ihnen wachsen die jungen Menschen heran, die künftig die Geschicke un-seres Landes leiten werden. Es ist unendlich wichtig, dass ihr Lebensraum, dass das Leben in den Städten und Gemeinden, wieder von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist ! Angst und Unterwerfung hingegen sind schlechte Ratgeber. Die Politiker der AfD beweisen tagtäglich, dass sie keine Angst haben und sich nicht unterwerfen. Allen Anfeindungen und Bedrohungen zum Trotz treten sie selbstbewusst, selbstkritisch und klar in der Sache für ein starkes und partnerschaftsfähiges Deutschland ein.

Überzeugen Sie sich selbst ! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen, sprechen Sie mit uns und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit. Die AfD nimmt die Bürger ernst und gibt ihnen eine Stimme.



Rüdiger Lucassen

Rüdiger Lucassen, MdB
Sprecher AfD Landesverband Nordrhein-Westfalen



Warum AfD ?

Die Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft haben ein aus unserer Sicht nicht mehr hinnehmbares Ausmaß erreicht. Es gelingt den Altparteien immer weniger, die Verhältnisse schönzureden. Richtungswechsel sind überfällig, das Land braucht Alternativen. Diese setzen ideologiefreie Politik voraus und die Anwendung des gesunden Menschenverstandes. Dazu ist nur noch die AfD bereit. Wir wollen deshalb mehr Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit erhalten, Soziale Marktwirtschaft sichern und Subsidiarität ausbauen, Familien fördern und den Schutz unserer deutschen Kultur.

Mit diesen Zielen ist die AfD in kürzester Zeit mit weit über dreihundert Abgeordneten in sämtliche Landesparlamente, den Bundestag und das EU-Parlament eingezogen und konnte bundesweit auch tausende kommunale Mandate erringen. Keine Partei in der Bundesrepublik Deutschland war jemals auf Anhieb so erfolgreich. Dies bestätigt, dass auch viele Bürger den Handlungsbedarf erkannt haben.

Wir haben keine Bedenken, beispielsweise Vorstellungen zu unterstützen, die konservative Christdemokraten noch 2014 in ihre Wahlprogramme hineinschreiben durften. Wenn aber die von allen anderen Parteien gewollte „wachsende Stadt“ bedeutet, dass Münster demnächst 1,5 Milliarden Euro Schulden haben soll, schließen wir uns dem nicht an. Allein in den vergangenen zehn Jahren sind fast 40.000 neue Bewohner nach Münster gekommen. Die „wachsende Stadt“ bringt mehr Lärm, mehr Schmutz, mehr Staus, mehr Hektik, mehr Abgase mit sich, damit weniger Lebensqualität, weniger Parkraum, teurere Mieten und immer höhere Abgaben.

Alle Hetze und Diffamierung von Altparteien, Medien, Amtskirchen, Pädagog*Innen aller Art, NGOs und Gewerkschaften wird uns nicht abhalten, unseren Weg weiterzugehen. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung, auch auf kommunaler Ebene!

Bürger und Verwaltung

Die AfD will daher auf allen Ebenen den Ausbau der direkten Demokratie. Sie will die Möglichkeiten der Bürger, am politischen Geschehen

teilzunehmen, deutlich verbessern. Noch viel zu oft tagen und entscheiden politische Gremien hinter verschlossenen Türen. Sitzungen kommunaler Gremien sollten daher generell öffentlich sein. Die Nicht-Öffentlichkeit von Sitzungen sollte auf ein Minimum reduziert werden, der Ausschluß der Öffentlichkeit zudem von der Verwaltung begründet werden. Aus diesem Grunde wollen wir auch die Übertragung der Ratssitzungen per Live-Stream, damit jeder Bürger sich selbst ein unvermitteltes Bild von den Entscheidungen im Rat machen kann. Der Rat soll zudem als Organ der kommunalen Selbstverwaltung aufgewertet werden, indem die Sitzungsfrequenz auf mindestens zehn Sitzungen im Jahr erhöht wird. Dann wird weniger „durchgewunken“ und kann gründlicher diskutiert werden.

Auch das Ratsinformationssystem ist für den Normalbürger wenig benutzerfreundlich aufgebaut. Doch für eine bürgerfreundliche Verwaltung sollte es Ehrensache sein, sich jedermann verständlich zu machen. Analog zur fortschreitenden Digitalisierung muss die Stadt ein transparentes Konzept zur Datensicherheit, Datenverarbeitung und Datenweitergabe vorlegen. Die Verwendung von Bürgerdaten muss offengelegt werden, Selbstauskünfte von Bürgern ohne großen Aufwand möglich sein. In Zusammenarbeit mit kommunalen Bildungsträgern sollte Hilfe und Schulung für die Benutzung der Onlinefunktionen angeboten werden.

Bürgerliche Selbstverantwortung

Die AfD Münster versteht sich als subsidiäre, bürgernahe und direktdemokratische Kraft und bedauert daher die Auflösung der UWG Münster, die sich in der Vergangenheit durch zahlreiche Initiativen und Anträge Münster verdient gemacht hat.

**Wir wollen mehr politische Verantwortung,
wir wollen gestalten !**

Dafür benötigen wir Ihre Hilfe. Wir bitten Sie deshalb, unsere kommunalpolitischen Vorschläge unvoreingenommen zu prüfen!

Wirtschaft



Ausgangslage

Münster war noch vor wenigen Jahren finanziell in einer vergleichsweise guten Position. Noch vor kurzem war es handlungsfähig und konnte seinen Haushalt in eigener Verantwortung verwalten. Eingriffe der Bezirksregierung in den Haushalt oder ein Haushaltssicherungskonzept gab es in Münster im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen in NRW bislang nicht. Grund hierfür war vor allem, dass Münster immer noch über eine Ausgleichsrücklage im Haushalt verfügte.

Doch auch in Münster sind mittlerweile dunkle Haushaltswolken aufgezogen. Grund hierfür war die starke Zunahme der städtischen Schulden. Trotz recht guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat die Stadt mittlerweile deutlich über 1 Milliarde Euro an Schulden angehäuft. Erschreckend ist vor allem das Tempo, mit dem die Schulden in den nächsten Jahren wachsen werden. In der mittelfristigen Ergebnisplanung der Kämmerei werden jährliche Verluste von 40 bis 60 Millionen Euro erwartet. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2025 werden sich dann rund 1,5 Milliarden Euro an Schulden aufgetürmt haben. Und hinzu kommen noch die Einnahmeausfälle durch den verordneten „Lockdown“ während der Coronapandemie. Dies sind allein für das laufende Haushaltsjahr bis zu 200 Millionen Euro (Stand Mai 2020). Die Gewerbesteuer als wichtigste städtische Einnahmequelle ist eingebrochen. Die politischen Entscheidungen dieses Frühjahrs werden viele Privatleute und die öffentlichen Haushalte noch auf Jahre belasten.

Damit droht der Kommune in den nächsten Jahren der Verlust der selbstständigen kommunalen Handlungsfähigkeit. Vorerst hat die Landesregierung bisherige haushaltsrechtliche Vorschriften zwar außer Kraft gesetzt. Sollte sich die Situation unverändert fortsetzen, ist Münster jedoch schon bald rechtlich verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Das hätte dramatische Folgen. Zahlreiche Ausgaben im sozialen Bereich, wie die Unterstützung von Kulturvereinen, Zuschüsse zu Schulessen, Sanierung von Kinderspielplätzen oder Ferienprogramme für Kinder, dürfte die Stadt dann nicht mehr finanzieren.

Vor allem die Schaffung von über 1600 neuen Stellen in den letzten 10 Jahren hat den Haushalt bereits mit mehr als 100 Millionen Euro zusätzlich an jährlichen Ausgaben belastet. Mit immer weiter steigenden Ausgaben und Sozialprogrammen sollten Wählerstimmen gewissermaßen „erkauft“ werden. Dies auf Kosten der Bürgerschaft insgesamt sowie zukünftiger Generationen. Denn diese müssen die von CDU und GRÜNEN angehäuften Schulden über höhere Steuern und sinkende kommunale Leistungen am Ende bezahlen.

Ein weiteres Beispiel für fiskalisches Fehlverhalten sind Fremdwährungskredite. Diese haben Münster in den letzten Jahren mit 20 Millionen Euro belastet. Die AfD spricht sich deshalb dafür aus, perspektivisch aus den Schweizer Fremdwährungskrediten auszusteigen. Die Frankenkredite sollen, sofern damit keine zusätzliche Belastung der Stadt Münster einhergeht, sobald wie möglich aufgelöst werden. Die Nutzung von Derivaten als Instrument der Finanzwirtschaft lehnen wir ab. Ihre theoretischen Grundlagen wurden in den letzten Jahren eindeutig durch die Praxis widerlegt. Sie sind nicht kontrollierbar, bergen aber enorme finanzielle Risiken für die öffentlichen Haushalte.

Haushaltssolidierung

Haushaltssolidierung ist ein Muss in Münster, sie ist kein Selbstzweck. Es geht um den Erhalt der kommunalen Selbstständigkeit und Vermeidung künftiger Steuererhöhungen. Dass dies mit CDU und GRÜNEN nicht gelingen wird, liegt auf der Hand. Städtische Gebühren sind in der jüngsten Vergangenheit bereits kontinuierlich erhöht worden. Zu hohe Steuersätze und Bürokratie entmutigen Unternehmer und Gründer.

Die Gewerbesteuer bestraft den fleißigen, ehrlichen und erfolgreichen Unternehmer. Leistung lohnt sich somit nicht mehr. Wer Gewinn macht, wird abgestraft und kann u.a. kein Kapital bilden für Investitionen. Auch wird es dem Unternehmer schwer gemacht, Reserven anzulegen für umsatzschwache oder schwierige Zeiten.

Die Gewerbesteuer ist ungerecht: Landwirtschaftliche Betriebe, Zahnarztpraxen, staatliche Lotterieu Unternehmen, Unternehmensberater oder Sachverständigenbüros zahlen z.B. keine Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste originäre Einnahmequelle der Gemeinden. Damit lastet diese wichtige Einnahme auf den Schultern einiger Weniger. Hier bedarf es neuer, besserer und gerechterer Konzepte, um die kommunale Selbstverwaltung zu stützen und Einnahmequellen zu erschließen.

Die AfD spricht sich daher für eine deutliche Senkung der Hebesätze zur Gewerbesteuer in Münster zur Bewältigung der Coronakrise aus. Kleine und mittlere Betriebe müssen finanziell deutlich entlastet werden, nur so kann ihr Überleben in der Krise gesichert werden. Ohne prosperierende Unternehmen versiegen die kommunalen Einnahmen. Den Unternehmen finanziell entgegenzukommen, ist daher im langfristigen Eigeninteresse der Stadt. Perspektivisch wollen wir die gänzliche Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Coronakrise hat deren Schwächen erneut offengelegt: In jeder Wirtschaftskrise brechen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ein, während Sozialausgaben ansteigen. Die Kommunen benötigen stabilere und besser planbare Einnahmen. Die AfD wird sich daher dafür einsetzen, den Kommunen ein Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer einzuräumen. Damit können die Bürger selbst bestimmen, welche öffentlichen Leistungen sie zu welchem Preis haben wollen.

Die Erfahrung zeigt, dass ein Haushalt über zusätzliche und neue Einnahmequellen selten ausgeglichen wird. Diese wecken vielmehr neue Begehrlichkeiten in Verwaltung und bei Interessengruppen. Und sie suggerieren den Verantwortlichen nicht länger gegebene finanzielle Handlungsräume.

Der Haushalt kann nur über die Ausgabenseite wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Hierbei gilt es, vor allem dem zusätzlichen Anwachsen von unproduktiven Stellen im Sozialbereich ein Ende zu setzen. In Münster liegen die Standards für öffentliche Leistungen über dem gesetzlich vorgesehenen Niveau. Diesen Luxus können wir uns nicht mehr leisten. Wir müssen die Standards auf das gesetzliche Niveau absenken.

Strukturen, Prozesse und Verhaltensweisen der Verwaltung sind darauf auszurichten, wenigstens das gesetzlich vorgegebene Leistungsangebot vor dem Hintergrund knapper werdender Mittel zu erhalten. Möglichkeiten der Digitalisierung sollen vollumfänglich genutzt werden, um Kosten zu sparen und Verwaltungsvorgänge für Bürger und Unternehmen zu vereinfachen. Zugleich wollen wir in der Verwaltung eine neue Kultur fördern, die Veränderungen nicht scheut, sondern als Chance für mehr Zukunftsfähigkeit begreift. Kritisch sehen wir auch die vielen teuren Verträge mit externen Beratern bei der Stadtverwaltung. Unter die Lupe nehmen werden wir die vielen zusätzlichen Posten und Mandate des Oberbürgermeisters. Dieser soll seine gesamte Arbeitskraft dem Wohle der Bürger widmen. Und nicht durch Lobbytätigkeiten seine eigentliche Aufgabe vernachlässigen.

Städtische Betriebe

Die Stadt Münster ist an zahlreichen Betrieben wie den Stadtwerken, dem FMO oder der citeq beteiligt bzw. deren maßgebliche Eigentümerin. Sie trägt deshalb eine Mitverantwortung für deren effiziente Leistungserbringung. Die Voraussetzung, dieser gerecht zu werden, ist Sachverstand in Führungspositionen, nicht der Besitz eines Parteibuches (siehe Westfälische Bauindustrie). Hohe Gehälter in führenden Positionen sind nicht zu beanstanden, wenn damit wie in der freien Wirtschaft ein entsprechendes Risiko verbunden ist. Dies ist bei Städtischen Betrieben indes nicht der Fall. Gehälter in den führenden Positionen kommunaler Unternehmungen wollen wir deshalb überprüfen lassen. Dies insbesondere, wo diese deutlich über dem des Oberbürgermeisters liegen.

Steuern abschaffen, Gebühren senken

Auf Landesebene will die AfD eine bessere Finanzausstattung der Kommunen erreichen. Denn noch immer werden Aufgaben auf diese übertragen, ohne dass das Land hierfür einen angemessenen finanziellen Ausgleich zahlt. Derzeit ist dies besonders bei der Finanzierung von Asylbewerbern der Fall. Die vom Land hierfür gewährten Mittel decken nur

einen kleinen Teil der Kosten. Die AfD ist gegen die Übertragung weiterer Aufgaben auf die Städte und Gemeinden ohne ausreichende Finanzierung. Sie fordert deshalb, die Gemeinden wieder angemessen an den Einnahmen des Landes zu beteiligen, indem diese wieder mit 28 % statt nur 23 % der Steuereinnahmen im Gemeindefinanzierungsgesetz beteiligt werden, und die Grunderwerbssteuer in voller Höhe in die Berechnung der Gemeindefinanzierung einfließt. Das Land NRW darf seinen Haushalt nicht weiter auf Kosten der Kommunen sanieren. Straßenausbaubeträge ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Anwohner und deren Gestaltungswünsche sind eine ebenfalls von der Landesebene zu verantwortende Belastung. Eine kommunale Zuständigkeit führt auch hier zu mehr Sachgerechtigkeit.

Trotz der aus den zur Bewältigung der Coronapandemie ergriffenen Maßnahmen folgenden Gefahren setzen wir uns für die Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern wie der Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer und der Bettensteuer ein. Denn deren Erhebung verursacht im Verhältnis zum Ertrag hohe Kosten. Ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes bringt auch eine Neuordnung der Grundsteuer in Münster mit sich. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass diese gesetzliche Neuregelung nicht für eine Erhöhung der Grundsteuer genutzt wird. Da die Erhöhung der Bußgelder für Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung durch das Bundesverkehrsministerium in diesem Jahr von vielen als unverhältnismäßig empfunden wird, regen wir an, lokal zu erhebende Strafgebühren für entsprechende Verstöße auf das Niveau von 2015 zurückzuführen.

Wirtschaftsförderung

Die Wirkung von Hochglanzbroschüren aus städtischen Büros für Standortmarketing sollte man nicht überschätzen, wenn jede Großstadt und jeder Landkreis solche fabrizieren. Hingegen ist etwa die Beratung aus universitärer Forschung hervorgegangener, innovativer Existenzgründer sinnvoll, um sie an den Standort Münster zu binden. Wir halten die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft, wie sie von der Fachhochschule Münster etwa mit dem TRAIN-Projekt und dem GRIPS-Zentrum in Steinfurt betrieben wird, für beispielhaft. Eine solche Verzahnung beider Bereiche soll verstärkt gefördert werden.

Breitbandausbau und digitale Freiheit

Der Breitbandausbau mit Glasfaser ist ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. DSL ist eine Übergangstechnologie, Ziel muss die Verfügbarkeit von FTTH (Glasfasernetz) für alle Haushalte und Gewerbe sein. Bei Straßenbaumaßnahmen sollten deshalb Glasfaserleerrohre bis zum Hausanschluss gleich mitverlegt werden. Allerdings ist die Abhängigkeit Münsters in der Server-Client-Infrastruktur, bei Anwendungsprogrammen und Datenbanken von der Firma Microsoft zu lösen. Stattdessen müssen Open-Source-Server, -Datenbanken und -programme schrittweise eingeführt werden. Eine moderne Software Architektur mit Open-Source-Datenbanken, Tier-Technologie, API-Schnittstellen und HTML5-Clients schaffen dafür die Voraussetzungen. Zur Planung und Überprüfung solcher Transformationen und zur Zusammenarbeit mit der Citeq wäre ein Digitalausschuss einzusetzen, auch der Austausch mit anderen Städten mit gleicher Zielsetzung sollte auf fachlicher Ebene angestrebt werden.

Wochenmarkt auf dem Domplatz

In Zusammenarbeit mit den Marktbesckern wollen wir eine dauerhafte Ausweitung der Stände auf den Prinzipalmarkt ebenso prüfen wie eine Verlegung des Mittwochmarktes auf den Nachmittag, um Berufstätigen bessere Möglichkeiten zum Marktbesuch zu bieten.

Eizelhandel und Gastronomie erhalten

Einzelhandel und Gastronomie sind durch die Coronakrise in ernste Schwierigkeiten geraten. Die überregionale Attraktivität des Einzelhandels z.B. in Salzstraße und Ludgeristraße wollen wir erhalten. Münster sollte auch alle kommunalen Möglichkeiten nutzen, seine Gastronomie finanziell zu entlasten. So etwa durch den zeitweisen Verzicht auf Steuern und eine großzügige Ausweitung der Nutzung von öffentlichen Flächen für Außengastronomie.



Familie



Stabile Familien - Keimzellen der Gesellschaft

Wir bekennen uns zur traditionellen Eltern-Kinder-Familie und zum Zusammenhalt zwischen den Generationen als Leitbild. Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche oder kommunale Institutionen untergräbt die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Unsere Stadt bildet den unmittelbaren Raum, in welchem sich der Alltag von Kindern und Eltern abspielt. Ihn familienfreundlich zu gestalten, sollte als eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunen verstanden werden.

Einrichtung eines Familienausschusses

Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD Münster die Einrichtung eines Familienausschusses und eines Amtes für Familienpolitik. Sie sollen familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen und auf eine Familienpolitik hinwirken, die sich an den wirklichen Bedürfnissen von Familien orientiert. Kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe sollen systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden. Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und sind damit stetig in Gefahr, von Ressortinteressen überlagert zu werden.

Schutz des ungeborenen Lebens

Schwangere, insbesondere wenn sie in Not geraten, verdienen die ideelle und materielle Unterstützung der Gesellschaft. Zum Haushalt 2018 und erneut 2019 beantragte unsere Ratsgruppe eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für den kommunalen Sonderfonds für Schwangere. Dieser Fonds hilft Schwangeren in finanziellen Notlagen, sich für das werdende Leben zu entscheiden. massiv, mindestens auf 500.000 Euro

Die Mittel in diesem Fonds reichen seit Jahren nicht aus. Die AfD setzt sich daher dafür ein, die finanziellen Mittel jährlich aufzustocken. Denn die ungeborenen Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Friedliche Lebensschützer verstehen sich als Sprecher dieser schwächsten Form menschlichen Lebens. An deren Seite stehen wir auch in Zukunft.

Tagesmütter fördern

Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch ihre eigenen Eltern betreut werden. Ist Fremdbetreuung notwendig oder erwünscht, sollte auf das Bedürfnis dieser Kleinsten nach einer kontinuierlichen Betreuungsperson Rücksicht genommen werden. Dies ist bei Tagesmüttern und Kinderfrauen eher gegeben als in Krippen, in denen sowohl die Betreuungsschlüssel als auch die Personalfuktuation zu hoch sind. Wir fordern die Kommune daher auf, ihr Angebot an individuellen Betreuungen auszubauen.

Flexible Ganztagsbetreuung für mehr gemeinsame Zeit mit den Kindern

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

Kostenfreie Kitas für Kinder ab 3 Jahren

Für Kinder ab einem Lebensalter von drei Jahren ist der Besuch einer Kita, also das Zusammensein mit anderen Kindern, vorteilhaft für den Erwerb von

Sozialkompetenzen und als Vorbereitung auf die kommende Schulzeit. Um Eltern finanziell zu entlasten, fordern wir, Kitas für Kinder ab 3 Jahren mit einer Betreuungszeit von bis zu 25 Stunden kostenfrei anzubieten.

Familiäre Kinderbetreuung fördern

Die Bindungsforschung belegt, dass es für die seelische und soziale Entwicklung und die spätere Bildung von Kindern und Jugendlichen am besten ist, wenn sie in enger Bindung mit Vater und Mutter aufwachsen können.

Wenn Kinder nach dem Willen der Eltern daher nicht in einer Kita angemeldet werden, sollen diese aus einem städtischen, noch 2020 neu aufzulegenden Fond pro Kind monatlich 800,- € erhalten. Voraussetzung: bereits ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sind vorhanden bzw. deren Erwerb gesichert. Zusatzkosten entstanden nicht, denn die durchschnittlichen Aufwendungen pro Kind in Betreuungseinrichtungen liegen bereits nahe dieser Summe.

Ausbau des Angebots an Teilzeitausbildungen für junge Mütter und Väter

Insbesondere der Personenkreis der Alleinerziehenden bedarf oft schon bei der Heranführung an den Ausbildungsmarkt intensiver Begleitung, damit familiäre Verpflichtungen mit einem erfolgreichen Berufsabschluss einhergehen können. Die AfD ruft deswegen die Stadtverwaltung und Behörden auf, eine Vorbildfunktion für private Arbeitgeber beim Angebot an Teilzeitausbildungen für junge Erziehende einzunehmen.

Kommunale Arbeitgeber als Vorreiter der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In vielen kommunalen Verwaltungen, Trägerschaften und Eigenbetrieben gibt es bereits die technologische Infrastruktur, um die Arbeitswelt mobiler und familienfreundlicher zu gestalten. Die AfD begrüßt eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen wie Tele-Arbeit, Home-Office und Gleitzeit zugunsten berufstätiger Eltern und Alleinerziehender. Wir wollen darauf hinwirken, dass auch in der Privatwirtschaft eine flächendeckende Abkehr von starren Arbeitsprozessen stattfindet.

Förderung benachteiligter Familien

Der Lebensstandard eines Teils der Familien in Münster ist niedrig. Während die Kinder von Wohngeldbeziehern und Beziehern anderer Sozialleistungen durch Bildungs- und Teilhabepaket gefördert werden, geht ein hoher Anteil von Familien mit niedrigem bis mittlerem Einkommen leer aus. Diese erhalten keine Sozialleistungen und zahlen in der Regel hohe Mieten. Damit liegt ihr Lebensstandard häufig unter dem von Familien, die Sozialleistungen erhalten. Hierin sehen wir eine Gerechtigkeitslücke. Um diese Familien zu entlasten, möchten wir sie von bestimmten Kosten, die durch Benutzung der Bildungsinstitutionen anfallen, befreien. Dazu zählen wir beispielsweise die Kosten für das Mittagessen in der Schule. Eine großzügigere Vergabe des Münsterpasses halten wir vor diesem Hintergrund für geboten.

Freie Fahrt für Kinder im öffentlichen Nahverkehr

Die AfD Münster will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport weiter fördern sowie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir

fordern daher, Kinder bis zum 12. Lebensjahr von den Fahrtkosten im öffentlichen Nahverkehr freizustellen.

Gegen Frühsexualisierung

Wir wollen unsere Kinder vor der unter dem Deckmantel von falscher Aufklärung und falsch verstandener Toleranz verbreiteten Ideologisierung schützen welche Gender-Phantasien und Sexualisierung bereits in die Kindergärten transportiert und die soziale Bindungsfähigkeit der Kinder unterhöhlt. Kinder sollten nicht zu früh sexualisiert werden. Wir plädieren für eine angemessene, altersgemäße Sexualerziehung, mit der auch vor Gefahren wie "Loveboys" und "Kinderehen", "Sexting" und „Cyber-Grooming/-Mobbing“ etc. gewarnt wird. Projekte gegen Drogenmissbrauch und Kindesmissbrauch sind aus dem städtischen Haushalt zu fördern.

Gegen Kindesmissbrauch

Über die in diesem Frühjahr in Münster-Kinderhaus aufgedeckten, abscheulichen Verbrechen an Kindern sind wir -wie alle Münsteraner- entsetzt. Wiederholungen lassen sich nur verhindern, wenn alle verantwortungsbewussten Erwachsenen aufmerksamer werden. Es gilt nun, jeden Bürger für Alarmsignale zu sensibilisieren. Dieser Aufgabe widmen sich in unserer Stadt zahlreiche gegen Kinderpornographie (u.ä.) aktive Initiativen.

Die AfD Münster fordert seit langem, uneingeschränkt alle münsterschen Projekte gegen Kindesmissbrauch aus dem städtischen Haushalt zu fördern(z.B. auch [instagram.com/muenstergegenmissbrauch](https://www.instagram.com/muenstergegenmissbrauch)).

An Kinderschutz bzw. Opferschutz darf nicht gespart werden.

Auf- und Ausbau von Mehrgenerationenhäusern

Familien, Studenten und Senioren leben heute oft räumlich getrennt. Mehrgenerationenhäuser sind eine sinnvolle Möglichkeit, die Gemeinschaft zwischen Jung und Alt zu fördern. Dies setzt der Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlaubt es älteren Menschen, sich durch Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft zu erleben. Junge Menschen, die heute oft ohne Verbindung zu entfernt wohnenden oder durch Ehescheidung verlorenen Großeltern aufwachsen müssen, erleben so die Verbundenheit der Generationen.

Betreuung alleinstehender älterer Mitbürger

Die Stadt Münster soll Kampagnen wie „Nimm dir 5 Minuten Zeit“ oder „Silbernetz“ im Kampf gegen die Vereinsamung in unserer Gesellschaft verstärkt unterstützen und beratend bei Planung und Einrichtung von Senioren-WGs (Betreutes Wohnen mit Tagespflege vor Ort) tätig werden.





Soziales

Grundsätze

Münster ist auf den ersten Blick eine wohlhabende Stadt mit reger sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir kontinuierlich die wirtschaftliche und soziale Situation – insbesondere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen – verbessern müssen und wollen, denn Fehlentwicklungen sind auch in unserer Stadt nicht zu übersehen. Die Teilhabe an Verwirklichungschancen im Leben ist der zentrale Aspekt gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, Gleichheit in den Startchancen zu gewährleisten und gleichzeitig dem Bürger Möglichkeiten zur freien Entfaltung zu geben. Dort, wo jemand unverschuldet ein spezielles Handicap hat, ist es ebenso richtig, dieses auszugleichen, abzumildern oder unterstützend einzugreifen.

Verantwortungsvolle und subsidiäre Sozialpolitik geht indes mit der Erkenntnis einher, dass nicht alle sozialen Missstände durch den Staat oder die Kommune behoben werden können. Vor diesem Hintergrund messen wir der Familie und privaten sowie kirchlichen Trägern eine besonders hohe und schützenswerte Bedeutung zu. Tatsächliche präventive Sozialarbeit findet daher oft nicht in Betreuungsinstitutionen statt, sondern in gesunden Familien- und Gesellschaftsstrukturen. Vor diesem Hintergrund spricht sich die AfD ebenfalls für eine Stärkung des Ehrenamtes aus und sieht staatliche Eingriffe nur dort als zwingend geboten an, wo sich die Möglichkeiten der Gesellschaft erschöpfen. Wir streben deshalb beispielsweise einen gezielten Ausbau der Freiwilligenagentur der Stadt Münster an, um noch mehr individuelle Hilfe zu ermöglichen, sowie einen Abbau von Auflagen, um das ehrenamtliche Engagement zu erleichtern. Geboten erscheint uns daher auch die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, auch mit speziellen Angeboten für Jugendliche. Die Stärkung unserer sozialen Träger und Vereine, die effiziente und niedrigschwellige Hilfe Bedürftiger, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bezahlbarer Wohnraum stehen im Fokus unserer Politik. Die AfD Münster setzt sich generell für eine stärkere Vernetzung von Hilfsangeboten ein.

Vorrangig erscheint uns dabei der Ausbau möglichst dezentraler Angebote für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, die Rat und Hilfe

brauchen, egal ob bei Krankheit, bei Behinderung, in Lebenskrisen, in finanziellen Notlagen oder im Alter: Die Unterstützung muss so dezentral wie möglich angeboten werden (beispielsweise durch den Ausbau von Quartierskonzepten in den Stadtteilen mit ersten Ansprechpartnern für die Lebenssituationen). Wir fordern zudem eine bedarfsgerechte Ausstattung für die kommunalen Hilfsfonds, die unbürokratisch finanziell helfen sollen.

Barrierefreies Münster

Wir wollen allen Menschen in Münster – egal ob mit oder ohne Behinderung – eine rege Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf die Beseitigung der Barrieren, die ihrer Lebensgestaltung und ihren Lebenschancen entgegenstehen. Dies bedeutet für uns nicht nur Barrierefreiheit an den Haltestellen von Bus und Taxi, sondern auch eine barrierefreie Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen Gebäuden und Kindertagesstätten, der Ausbau ausreichenden barrierefreien und bezahlbaren Wohnraums, insbesondere für Menschen mit Rollstuhl, und die Unterstützung von Beratungsstellen beim barrierefreien Umbau ihrer Räumlichkeiten („Aufzugsprogramm“). Des Weiteren wollen wir an private Hausbesitzer sowie medizinische Praxen appellieren, die Zugänge barrierefrei zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um Menschen mit Beeinträchtigungen, sondern auch um Seniorinnen und Senioren.

Pflege

In Münster leben immer mehr pflegebedürftige ältere Menschen. Ziel der AfD ist es, auch in Zukunft die Möglichkeit zu schaffen, dass ältere oder erkrankte Angehörige möglichst lange im Kreise ihrer Familien und ihres Wohnumfeldes verbleiben können. Viele Menschen erwarten zurecht, dass vor Ort ausreichend pflegerische Leistungen vorgehalten werden. Neben Beratung, Hilfeplanung und Pflege werden geeignete Wohnungen, barrierefreie Begegnungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindungen und eine erreichbare Nahversorgung benötigt.

Vor allem höhere Leistungen für Angehörige, die zu Hause die Pflege übernehmen, tragen dazu bei, dass pflegebedürftige Menschen ihren berechtigten Anspruch besser umsetzen können, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben.

Die demografische Entwicklung zeigt, dass wir im Bereich der Pflege – allen voran auch bei den Pflegekräften – neue Wege gehen müssen. Wir unterstützen lokale Netzwerke mit integrierten Pflegekonzepten, die Pflegebedürftigen ein Leben in Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ermöglichen.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Kommunen bei der Umsetzung der Pflegestrukturplanung und der Einrichtung ambulanter und stationärer Pflege zu unterstützen. Die Schaffung von Tagespflegeeinrichtungen für ältere Menschen in Wohnortnähe bietet nicht zuletzt auch den Angehörigen die Möglichkeit, weiterhin ihre Berufstätigkeit in vollem Umfang ausüben zu können. Durch geeigneten Ausbau von Angeboten der Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege können pflegeleistende Familien häufiger entlastet werden.

Bekämpfung häuslicher und sexueller Gewalt

Häusliche und sexuelle Gewalt ist nach wie vor traurige Realität für zu viele Frauen auch in Münster. Für die AfD Münster ist und bleibt die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eines ihrer vordringlichen Ziele. Jede gewaltbetroffene Frau muss Schutz bekommen, unabhängig vom Alter, Einkommen und Aufenthaltsstatus. Als Gesellschaft stehen wir in der Pflicht, ein ausreichendes Schutzangebot anzubieten. Das gilt insbesondere für Frauen in besonderen Problem- und Bedürfnislagen. Münster kann auf ein breites Angebot vorhandener Hilfsangebote zum Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt zurückgreifen. Trotzdem fehlt es gerade für ältere Frauen, Frauen mit Beeinträchtigung und sehr junge Frauen nach wie vor an ausreichenden und passgenauen Angeboten, deshalb wollen wir in den kommenden fünf Jahren mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen – auch

durch Anmietung von Übergangswohnungen (sog. second stage). Infolge der Massenzuwanderung ist der Anteil von Bewohnerinnen von Frauenhäusern mit Migrationshintergrund nochmals angestiegen und hat vielerorts die Mehrheit erreicht. Viele Einrichtungen sind überfüllt und können misshandelten Frauen keine Hilfe mehr leisten. Die Mittel zu deren Finanzierung müssen deshalb aufgestockt werden. Kinder- und Zwangsehen sind nicht Teil unserer Kultur. Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention dieser Form struktureller Gewalt verdienen Unterstützung.

Gleichberechtigung der Geschlechter

Die Gleichberechtigung der Geschlechter gehört für die AfD Münster zu den selbstverständlichen Merkmalen einer modernen Gesellschaft. Eine ideologische Aufladung eines inszenierten Geschlechterkampfes lehnen wir ab. Die Erfindung immer neuer Diskriminierungstatbestände, zum Zwecke des Zugriffs auf Fördermittel und Stellenpläne ist für die AfD unvereinbar mit einer unideologischen Politik und dient lediglich den monetären Interessen Einzelner.

Genderbudgetierung und Genderschreibweisen in staatlicher und kommunaler Verwaltung lehnen wir deshalb ab. Sprache darf nicht durch Behörden manipuliert werden. Die Sprache gehört der Gesellschaft, nicht dem Staat. Und vor allem sollen nicht, wie dieses Frühjahr an münsterschen Schulen versucht, Schüler als Propagandisten für jene Ideologie eingespannt werden.

Förderung von Wohnungslosen muss effektiver werden

Aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum und der Armutsmigration aus Südosteuropa werden immer mehr Menschen in Münster obdachlos. Obdachlosigkeit ist ein schwerer Schicksalsschlag, bei dem staatliche und kommunale Unterstützung für die Betroffenen geboten ist. Für kurzfristig obdachlos gewordene Menschen aus dem Münsteraner Raum sind Appartements in städtischem Eigentum in der Größe von

kleineren Studentenappartements für eine Übergangszeit zur Verfügung zu stellen. Für Menschen in Dauerobdachlosigkeit, die ursprünglich aus dem Münsteraner Raum kommen, müssen ebenfalls geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um sie in eine auf Dauer menschenwürdige Wohnsituation in städtischem Eigentum zu bringen. Insbesondere bei jüngeren Menschen sollten neben dem menschenwürdigen Wohnraum soziale Maßnahmen eingeleitet werden, um sie in die Gesellschaft zu integrieren.

Keine Anreize für Armutsmigration

Entschieden sprechen wir uns gegen alle Anreize von Armutseinwanderung aus. Das immer stärker belastete deutsche Sozialsystem ist nicht vereinbar mit offenen Grenzen. Die Folgen einer grenzen- und maßlosen „Willkommenspolitik“ äußern sich derzeit in der Bildung und dem Wachstum sozialer Brennpunkte wie Kinderhaus-Brüningheide oder Berg Fidel. Ein Missbrauch von Asyl- und Flüchtlingsrechten darf nicht durch städtische Finanzierung gefördert werden. Wo immer möglich, ist auf Sachleistungen statt Geldleistungen zu setzen.

Münster als Gesundheitszentrum

Kein Wirtschaftszweig Münsters schafft so viele Arbeitsplätze wie die Einrichtungen und Unternehmen der Gesundheitsbranche. Hierzu gehören zahlreiche mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der Krankenversorgung und der medizinischen Forschung. Viele andere Wirtschaftszweige Münsters wie Landwirtschaft, Handwerk und Handel profitieren hiervon. Dies trägt erheblich zur Kaufkraft der Bürger und somit der Wirtschaftskraft der Stadt Münster bei. Die AfD Münster wird sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass Münster auch in Zukunft einen bundesweiten Spitzenplatz in der Gesundheitsbranche einnimmt und Verlegung und Rückbau entsprechender Einrichtungen gestoppt wird. Die AfD Münster will auch zukünftig den Ausbau und die Ansiedlung von Einrichtungen und Unternehmen des Gesundheitswesens fördern und unterstützen.

Kommunale Gesundheitsangebote auf dem Gebiet der Prävention sowie der Gesundheitshilfe wollen wir beibehalten und stärken, insbesondere für Kinder, Jugendliche, Schwangere, ältere und psychisch kranke Menschen. Wir wollen, daß alle Bewohner Münsters über Zugangswege zur kommunalen Gesundheitsfürsorge verstärkt aufgeklärt werden.

Den Ausbau der Forensischen Klinik in Amelsbüren um weitere 40 Plätze lehnen wir jedoch ab. Er ist den Anwohnern nicht zumutbar, da hierdurch die Sicherheit im näheren Umfeld der Einrichtung massiv gefährdet wird.

Arbeitsbedingungen von Angestellten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verbessern

Jeder Bürger weiß, wie wichtig das Gesundheitswesen für unser tägliches Leben ist. Die AfD fordert deshalb, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen in ihren Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.

Seuchenpolitische Vorsorge

Nach den Erfahrungen mit dem diesjährigen Grippevirus halten wir es nicht für ratsam, sich auf die künftige Einhaltung seuchenschutzrechtlicher Vorsorgebestimmungen durch Landes- oder Bundesregierung zu verlassen. Das Risikomanagement war auf allen Ebenen fragwürdig, frühzeitige Hinweise der AfD-Bundestagsfraktion wie der münsterschen Ratsgruppe schon im Februar dieses Jahres wurden von den anderen Parteien in den Wind geschlagen. Per Dekret wurden statt dessen die Grundrechte auf Versammlungsfreiheit, Berufsausübung, Freizügigkeit usw. von einem Tag auf den anderen ausgehebelt, auch dies auf teils fragwürdiger

Datengrundlage und zum Preis hunderter Milliarden Euro. Millionen Deutsche sind dennoch in Kurzarbeit, Verschuldung und Insolvenz geraten. Das von der „Energiewende“, der bedenkenlosen Grenzöffnung, der Bildungsmisere und dem Niedergang unserer Schlüsselindustrien vertraute Muster kehrte auch hier wieder: Sobald etwas von der Kanzlerin einmal als „alternativlos“ deklariert ist, spielen Verhältnismäßigkeit, Kosten und gesunder Menschenverstand keinerlei Rolle mehr. Das Mindeste ist deshalb, künftig auch kommunal in eigener Verantwortung einen Vorrat an Schutzkleidung, Masken und Desinfektionsmitteln usw. vorzuhalten.

Urnenbeisetzungsstätten in den Stadtteilen

Die Nachfrage in der Bevölkerung von Münster nach Möglichkeiten zur Urnenbeisetzung wächst. Dies zeigt sich vor allem an der Entwicklung auf dem Friedhof in Angelmodde, wo eine Urnenwand erweitert werden musste. Zugleich ist festzustellen, dass in den letzten Jahren einige Kirchengebäude einer anderen Nutzung zugeführt wurden (z. B. Dreifaltigkeitskirche an der Gevener Str.). Die AfD Münster wird sich dafür einsetzen, daß zentral und nach Möglichkeit auch in den Stadtteilen in absehbarer Zeit Kolumbarien entstehen (Urnenbeisetzungsstätten). Dazu soll vorrangig in den Blick genommen werden, möglicherweise anstehende weitere profanierte Kirchengebäude zu nutzen.



Migration

Die bisherige Integrationspolitik ist gescheitert

NRW ist unter den Flächenländern das Bundesland mit dem größten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund. Integration gehört daher zu den größten und schwierigsten politischen Herausforderungen. Die Integrationskonzepte der bisherigen Landesregierungen sind allesamt gescheitert, da sie auf wirklichkeitsfremden Vorstellungen über das Gruppenverhalten des Menschen aufbauen. Ausländerbehörden arbeiten vielfach am Rande ihrer Kapazitäten. Die Eingliederung in unsere Gesellschaft und das friedliche Zusammenleben scheitern vornehmlich bei Migranten aus dem muslimischen Kulturkreis immer öfter. Insbesondere der orthodoxe Islam ist ein Integrationshindernis. Die drohenden Folgen sind eine stetig zunehmende, an ethnischen Merkmalen orientierte Segregation in den Städten, Parallelgesellschaften, Clanstrukturen und eine offene Desintegration des sozialen Raumes. Das nach dem jugoslawischen Bürgerkrieg für europäische Flüchtlinge entworfene „Münster-Modell“ stieß schon 2015 an seine Grenzen und muss immer mehr als Augenwischerei bezeichnet werden. Wir wollen hier aber nicht Verhältnisse wie in Teilen Duisburgs, Gelsenkirchens oder Hagens. Ein gedeihliches Zusammenleben ist nur möglich, wenn Zugewanderte zur Integration bereit sind. Die Ausübung der Religionsfreiheit findet ihre Schranken in unserer Rechtsordnung und unseren staatsbürgerlichen Pflichten. Alle neuen Bevölkerungsgruppen sollten sich verpflichtet fühlen, unsere Gesetze einzuhalten, unsere Werte, unsere Kultur, unsere Sitten und Gebräuche zu achten, die deutsche Sprache zu erlernen und für ihren eigenen Lebensunterhalt zu arbeiten. Wer diese Bringschuld erfüllt, ist ein gleichberechtigtes Mitglied unserer Stadtgesellschaft.

Auch auf kommunaler Ebene sind Maßnahmen möglich, den genannten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Armutsmigration verhindern

Die Stadtverwaltung will eine Aufnahmeeinrichtung für südosteuropäische

Migranten ohne Sozialleistungsansprüche errichten. In welchem Stadtteil, das wird vor der Wahl nicht bekanntgegeben. Nach den Erfahrungen der Ruhrgebietsstädte, mittlerweile aber auch schon Kleinstädten wie Horn-Bad Meinberg/Lippe, führt Zuwanderung dieser Art im betreffenden Umfeld zu Erscheinungen wie Ganze Stadtteile haben dadurch ihren Charakter geändert. Die AfD hat im Rat als einzige Partei dagegen gestimmt. Ein „buntes“ Münster dieser Art wollen wir nicht. Wir fordern die Verwaltung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten (Freizügigkeitsgesetz, Aufenthaltsgesetz) auszuschöpfen, solche Verhältnisse zu verhindern. Vor allem müssen die Bürger vor dem Wahltermin erfahren, wo jene neue Einrichtung installiert werden soll !

Asyl: Dem Recht Geltung verschaffen

Die AfD bekennt sich zum Recht auf (individuelles) Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Sie kritisiert jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte Einwanderung umfunktioniert worden ist. Das neue Dublin-IV-Abkommen verschlimmert diesen Zustand noch. Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen und tritt auf allen politischen Ebenen für Korrekturen dieser Entwicklung und gegen einen weiteren Funktionswandel des Asylrechts ein.

Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer. Abschiebehindernisse für die Ausländerbehörden müssen minimiert werden. Per „Spurwechsel“ ausreisepflichtige Ausländer mit einer bleiberechtigten „Amnestie“ auszustatten, halten wir für verfehlt und verantwortungslos. Allein in Münster hat sich dieser Personenkreis während der ablaufenden Wahlperiode verdoppelt. Münsters Sozialdezernat ist Landesmeister in Abschiebeverhinderung. Der Städtetag kalkuliert mit ca. 15.000 Euro jährlicher Kosten je Betroffenen für die öffentliche Hand. Unter humanitären Gesichtspunkten ist es schwer erträglich, dass jener Personenkreis Ressourcen für tatsächlich Schutzbedürftige bindet. Zu diesen zählen in vielen Teilen der Welt Frauen und Kinder christlicher Konfession.

Die AfD spricht sich ebenso gegen die Selbstdeklaration von Städten zu „sicheren Häfen“ für Flüchtlinge aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung beim Ersteinreiseland in die EU. Und die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Flüchtlinge nach Münster zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden. Da nach Zuerkennung eines Schutzstatus¹ Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden, hätten im Ergebnis der Bund und somit alle Bürger unseres Landes für die finanziellen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgekosten solcher Alleingänge auf kommunaler Ebene zu bezahlen.

Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten

Das Asylgesetz sieht vor, Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen zu gewähren. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in Münster angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung von Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die die Migranten auf ihre Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten. Das wirtschaftliche Interesse der unentwegt wachsenden „Betreuungsindustrie“ ist für die AfD kein relevanter politischer Faktor.

NRW hat 2017 als erstes Flächenland eine Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt. Die Gemeinden entscheiden per Ratsbeschluss, ob sie an der Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen teilnehmen. Verwaltungsverfahren für die medizinische Versorgung hunderttausender die nie Krankenkassenbeiträge geleistet haben - und vielfach niemals leisten werden - mögen so vereinfacht werden. Zugleich lädt dieses System aber

auch zum Durchwinken nicht gebotener medizinischer Aufwendungen ein. Deshalb ist die Rückkehr zur vorigen Behandlungsbewilligung vorzuziehen. Die Kommunen können dies durch Kündigung ihres Beitritts erreichen. Dies sollte auch in Münster geschehen.

Integrationsausschüsse statt Integrationsräte

Integration ist eine Bringschuld und muss zu den Bedingungen der Mehrheitsgesellschaft stattfinden. Die Integrationsräte werden jedoch überwiegend mit Einwanderern besetzt. Deutsche dürfen weder wählen noch gewählt werden. Auch ein Kulturausschuss beispielsweise wird nicht ausschließlich von Theaterschaffenden oder Museumsmitarbeitern gewählt. Die AfD bezweifelt daher die Legitimität der Integrationsräte in ihrer jetzigen Form und strebt die landesgesetzlich zulässige Umwandlung in Integrationsausschüsse an, die wie alle anderen kommunalen Ausschüsse von den Räten der Städte und Gemeinden gebildet werden.

Keine deutsch-türkischen und deutsch-arabischen Grundschulen

Die AfD wendet sich gegen die Gründung zweisprachiger deutsch-türkischer und deutsch-arabischer Grundschulen. Diese Schulkonzepte haben zur Folge, dass die deutsch-türkischen Schulen bevorzugt mit Kindern aus türkischen Familien und die deutsch-arabischen Schulen mit Kindern aus arabischen Familien besetzt werden, während deutsche Familien solche Schulen meiden. In der Folge treffen Kinder aus türkischen Familien noch mehr und ausschließlich auf Kinder aus anderen türkischen Familien und Kinder aus arabischen Familien noch mehr und ausschließlich auf Kinder aus arabischen Familien, während die Interaktion mit Kindern aus deutschen Familien stark zurückgeht. Die unvermeidlichen Folge ist eine weitere Segregation entlang herkunftsethnischer Merkmale und eine weitere Einschränkung beim Erwerb der deutschen Sprache.

Altersangaben überprüfen

Es ist minderjährigen Schülern und Schülerinnen nicht zuzumuten, die Schulbank zu teilen mit erwachsenen Personen, die zwecks Erlangung eines Aufenthaltstitels eine unzutreffende Angabe über ihr Lebensalter gemacht haben und dadurch einer vermeintlichen Schulpflicht unterworfen worden sind. Die Kommunen sind berechtigt, derartige Angaben zu überprüfen. Die Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft für forensische Altersdiagnostik der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin hat Leitlinien entworfen, anhand deren das tatsächliche Alter vermeintlich minderjähriger Einreisewilliger zuverlässig festgestellt werden kann. Wir wollen, dass von dieser Möglichkeit auf Hinweise von Schülern und Eltern Gebrauch gemacht wird.

Keine kommunale Förderung verfassungsfeindlicher Religionsvereine und -gemeinden

Förderung verfassungsfeindlicher Religionsgemeinschaften durch z.B. finanzielle Zuschüsse, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Baugenehmigungen lehnt die AfD selbstverständlich ab. Die kommunale Kooperation mit offen oder faktisch verfassungsfeindlichen Verbänden wollen wir nicht fortsetzen. Insbesondere zählt hierzu – wie vor kurzem im Bundesland Hessen beschlossen - auf stadtoffizieller Ebene die Einstellung der Zusammenarbeit mit der regelmäßig im NRW-Verfassungsschutzbericht aufgeführten, offiziellen türkisch-islamischen DITIB.



Öffentliche Sicherheit

Sauberes und lebenswertes Münster

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Nur wo sich der Mensch sicher fühlt, kann er sich entfalten. Offensichtlich: im Vergleich zu anderen Großstädten stehen wir gut da. Wir wollen, dass das so bleibt.

Wer jedoch offenen Auges durch Münster geht, erkennt Tendenzen zum Schlechteren. Wer sein Ohr für die Sorgen des Bürgers öffnet, erfährt wo der Schuh drückt. Hier ein bisschen mehr Müll, dort ein bisschen mehr Lärm, mitten in der Stadt „etwas“ angeboten bekommen... kein Problem? Müssen wir akzeptieren, dass man von einer bestimmten Uhrzeit an da und dorthin eben nicht mehr geht? Nein, wir wollen keine „no go areas“! Der gesunde Menschenverstand und die Sozialwissenschaften lehren uns, dass es zu Beginn nur harmloser Verstöße bedarf, ehe es - in einem schleichenden Prozess - irgendwann zu spät ist (broken window theory), Hier hält die AfD Münster klar dagegen - frei von political correctness, falsch verstandener Toleranz und Schönfärberei. Dass man „da nichts machen könne“, ist lediglich verbrämte Verantwortungslosigkeit! Die AfD Münster sieht die Probleme, spricht sie an und bietet Lösungen – für uns alle. Sie setzt sich für ein sauberes und lebenswertes Stadtbild ein - für uns und unsere Gäste.

Stop der zunehmenden Vermüllung des öffentlichen Raumes. Kinderspielplätze sind für Kinder da – nicht für Heranwachsende, Dealer oder Gelage jeglicher Art. Alle, die ihren Müll und Hausrat rund um Bushaltestellen, Altglascontainer oder im Gelände „endlagern“, brauchen eine klare Ansage!

Ordnungspartnerschaft

In Münster hat sich die Sicherheitslage in Teilen der Innenstadt in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert. Die Polizei stuft den gesamten Bahnhofsbereich, den Schanzenpark, Bremer und Berliner Platz, sowie den westlichen Teil der Windhorststraße als gefährlichen Ort („No-go-area“) ein. In weiten Teilen ist dies eine Folge ungeregelter Migration. Dieser Entwicklung muss durch vermehrte polizeiliche Kontrollen begegnet, der Kontrolldruck im Bahnhofsumfeld deutlich gesteigert werden.

Die Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt und Polizei ist weiter ausbaufähig, z.B. durch eine mobile Container-Station auf der Windhorststraße.

Helfen helfen

Die AfD Münster reagiert empfindlich, wenn unserer Helfer bei Polizei, dem Kommunalen Ordnungsdienst und der Feuerwehr beleidigt, bedroht oder gar angegriffen werden. Sie haben die volle Solidarität und Unterstützung der Bürger verdient. Dementsprechend sind die Sicherheitspartnerschaften zum Schutze unserer städtischen Mitarbeiter weiterzuführen. Der Kommunale Ordnungsdienst ist aufzustocken, seine Schulung und Ausrüstung den Herausforderungen anzupassen. Die Ausstattung der Feuerwehren ist stets auf dem Stand der Technik zu halten: für Rettungseinsatz, Brand- und Gewässerschutz.

Dem Extremismus die Rote Karte Zeigen

In den Werten der AfD und in Münster ist kein Platz für Intoleranz, Extremismus und Gewalt, sei sie politisch, religiös oder ethnisch motiviert. Die AfD Münster sieht es mit großer Sorge, dass unter dem Schutz des hohen Gutes freier Religionsausübung zugereiste Hassprediger zu Überheblichkeit und Unfrieden aufrufen. Nicht nur die AfD Münster steht im Fokus linksextremistischer gewaltbereiter Gruppierungen. Christliche Vereinigungen, Andersdenkende und die Denkmäler unserer Geschichte sind zunehmend Hass, Schmähung und physischer Gewalt ausgesetzt. Wenn wir ein friedliches Miteinander und unsere pluralistische Gesellschaft erhalten wollen, muss dieser manchmal nur noch achselzuckend hingenommenen Entwicklung Einhalt geboten werden. All denen, die aus extremistischen Netzwerken aussteigen wollen, ist die Hand zu reichen. Sie auf ihrem Weg zu begleiten und über die teilweise perfiden Mechanismen aufzuklären. Ihnen Alternativen und einen und einen Ausweg zu zeigen, muss die Pflicht von uns allen sein.

Unsere Daten - ein schützendes Gut

Die Stadt Münster erhält im Rahmen ihrer Auftragserfüllung von ihren Bürgern persönliche Daten und Angaben. Wir vertrauen unseren Angestellten und Mitarbeitern. Dennoch setzt sich die AfD Münster weiterhin für den hochsensiblen Umgang mit all unseren Daten ein. Die Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist sicherzustellen. Die AfD lehnt daher den Verkauf von kommunalen Daten für kommerzielle Zwecke konsequent ab.



Kultur

Leitlinie münsterischer Kultur: Toleranz durch Dialog

Die Verpflichtung zur Toleranz durch Dialog ist vor dem Hintergrund der Geschichte Münsters als Stadt des Westfälischen Friedens das Herzstück städtischen Selbstverständnisses. Wir treten dafür an, diese Leitlinie auf verschiedensten Ebenen wieder mit Leben zu füllen – anstelle eines einseitigen, ausgrenzenden Einheitskurses, welcher der Stadtgesellschaft durch verschiedene Interessengruppen, aber auch durch die Stadtverwaltung unter der Leitung des Oberbürgermeisters verordnet werden soll. Dieser und andere Aspekte münsterischer Kultur sollen dabei nicht nur im Rahmen der Stadtgesellschaft, sondern darüber hinaus auch im Euregio-Rahmen vertreten und gelebt werden.

Kulturelle Angebote

Die vielfältigen kulturellen Angebote Münsters sind ein Aushängeschild unserer Stadt und tragen zur Lebensqualität unserer Heimatstadt bei. Wir stehen für die Unterstützung dieses Angebotes, sehen aber zugleich die Notwendigkeit, angesichts der desaströsen städtischen Haushaltslage von z. Zt. 1,2 Milliarden Euro Schulden (mit steigender Tendenz) nachhaltig verantwortungsvoll mit Finanzmitteln umzugehen. Um eine klarere Priorisierung in der Verteilung städtischer Mittel wird Münster nicht umhinkommen. Ein Hauptgewicht städtischer Förderung sollte beispielsweise auf Kleinkunsthöfen liegen, denn diese sind einem besonderen Marktdruck ausgesetzt.

Städtische Bühnen

Für uns sind die Städtischen Bühnen eine der Mittelpunkte des kulturellen Angebots in Münster. Wir sprechen uns dafür aus, die Qualität als auch die Eigenständigkeit des Hauses zu stärken und zu fördern. Wir begrüßen daher ausdrücklich ein aktives Sponsoring und eine kompetente und selbst-

bewusste Eigenverwaltung durch den Aufbau dafür erforderlicher Strukturen. Unserer Überzeugung nach wird das Theater so sein ganzes Potential ausleben und neue Erfolge feiern können.

Stadthalle Hiltrup

Wir sprechen uns für den Erhalt der Stadthalle in Hiltrup aus. Sie ist ein Ort der Begegnung und der gesellschaftlichen Partizipation. Daher begrüßen wir deren beschlossene Sanierung und den Verbleib am Standort Westfalenstraße.

Musikhalle

Die AfD lehnt den Bau eines Musik-Campus am Standort Hittorfstraße (ehem. Pharmazie der WWU) ab. Sie erkennt zwar die baulichen Handlungsbedarfe der Westfälischen Schule für Musik, des Sinfonieorchesters und der Musikhochschule an. Der Campus stellt aber keine Lösung dar. Die Konzeption ist unausgereift und nicht auf den Endverbraucher ausgerichtet. Eine Möglichkeit, sich bundesweit mit einem einzigartigen Projekt zu profilieren, ist er aus unserer Sicht nicht. Er stellt vielmehr ein unkalkulierbares finanzielles Abenteuer mit geschätzten Kosten von 100 Millionen Euro dar.

Regionale Kultur erhalten

Örtliche Bräuche und Traditionen drohen verlorenzugehen. Deswegen unterstützen wir die Förderung von Initiativen zu deren Erhalt, etwa für entsprechende Projekte in Kindergärten und Schulen. Traditionelle Bräuche sollen für den Erhalt münsterischer und münsterländischer Identität ihren Platz haben. Dies ist nicht zu verwechseln mit einer touristisch-kommerziellen Vermarktung. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Anzahl der kommerziellen Spektakel in unserer Stadt fortwährend ausgebaut werden muss?

Aspekten – zu unterziehen. Eine offensive Digitalisierung von Grundschulen lehnen wir klar ab, da sie den Bedürfnissen von Kindern im entsprechenden Alter und ihrer Entwicklung nicht gerecht wird.

Zudem darf der Regelunterricht nicht unter der Beschulung von Asyl-, Flüchtlings- und Zuwandererkinder leiden. Auch pädagogische Ressourcen sind nur begrenzt verfügbar. Hochwertiger Unterricht ist nur möglich in Klassen, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Wo dies nicht gegeben ist, ist unterrichtliche Trennung geboten.

An vielen Schulen in NRW wird ferner das Schulesen durch religiös begründete Verbote eingeschränkt, z.B. durch den Ausschluss von Schweinefleisch. Im Schinken- und Schweineland Westfalen wollen wir das nicht hinnehmen! Wir betrachten dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot staatlicher Einrichtungen und widersetzen uns der Anpassung an fremde Speisegesetze. Die Wahlfreiheit muss uneingeschränkt erhalten bleiben.

Sind beide Eltern berufstätig, kann eine offene Ganztagschule die familiäre Betreuung sinnvoll ergänzen, doch darf ein solches Angebot niemals verpflichtend sein.

Bereicherung des Schulangebotes

Schülern mit Förderbedarf bietet ein möglichst vielfältig gegliedertes Schulsystem die besten Bildungschancen. Der Fortbestand der noch vorhandenen Förderschulen muss deshalb gesichert werden. Auch die einseitige Bevorzugung von Gesamtschulen zu Lasten von Haupt- und Realschulen lehnen wir ab.

Immer wieder erweist sich, dass private Schulen Mängel und Defizite des staatlichen Schulwesens zum Vorteil der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen auszugleichen verstehen. In Münster machen private Schuleinrichtungen wie die Montessorischule, die Waldorfschule oder die Marienschule nachdrücklich deutlich, dass eine eigene Haltung und alternative Unterrichtskonzepte junge Menschen zu überzeugenden

Deutsche Sprache, Kultur und Identität erhalten

Wir sehen es als wichtiges Ziel an, das große kulturelle Erbe unseres Heimatlandes für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Für uns heißt dies Bekenntnis zur deutschen Leitkultur statt Multikulturalismus. Auch unsere Sprache ist Teil unserer kulturellen Identität. Aus diesem Grunde werden wir uns gegen alle Versuche wehren, sie durch Gender-Deutsch, ein Übermaß Anglizismen und durch eine als „politische Korrektheit“ getarnte Zensur zu beschädigen.

Kultur im Austausch: Städtepartnerschaften

Der Vergleich verschiedener nationaler Kulturen ist wertvoll für die Weitung des eigenen Horizontes wie für die Selbstvergewisserung. Wir wollen deshalb die Förderung und die Wiederbelebung der bestehenden Städtepartnerschaften ein.

Für eine optimale Ausstattung und Organisation von Schulen

Eine gute Schule und Bildung sind essentiell wichtig für die Zukunft einer modernen Gesellschaft. Die Stadt Münster ist in der Verantwortung, auch bei angespannter Haushaltslage für eine optimale Ausstattung städtischer Schulen zu sorgen. Dies beinhaltet die Schulgebäude und die Einrichtung ebenso wie die digitale Ausstattung. Wir legen allerdings Wert darauf, dass eine umfassende digitale Ausstattung von Schulen, wie sie aktuell von der Bundesregierung mit dem Digitalpakt Schule gefördert wird, und eine pädagogische Heranführung von Schülern an diese nicht zulasten einer umfassenden humanistischen Persönlichkeitsbildung gehen dürfen. Insofern sind städtischerseits entsprechende Investitionen immer wieder einer kritischen Prüfung – auch unter pädagogischen und psychologischen

Bildungserfolgen führen. Wir wünschen uns für Münsters Schullandschaft eine Bereicherung durch weitere private Schulen auf Ebene der Grundschule wie auch für die Sekundarstufen I und II.

Der Westfälische Frieden: Ein Thema für die Schulförderung

Der Westfälische Friede von 1648 ist ein Kernpunkt münsterischer Identität und münsterischen Selbstverständnisses. Wir treten für städtisch geförderte Schulprojekte zum Westfälischen Frieden, seinen historischen Auswirkungen und seinem Vorbildcharakter für die Zukunft ein. Insbesondere treten wir in diesem Zusammenhang für die Schaffung eines städtischen Romeo-Dallaire-Friedenspreises für münsterische Schulen ein. Der ehemalige Befehlshaber der UN-Truppen während des Genozids in Ruanda in den 1990er Jahren hat sich nach seinem aktiven Dienst mit einer eigenen Stiftung Friedensprojekten für Kinder und Jugendliche sowie der Resozialisierung von Kindersoldaten verschrieben. Wir halten dieses aktive Beispiel Generalleutnant a. D. Dallaires für beispielhaft. Ein Romeo-Dallaire-Friedenspreis der Stadt Münster sollte konkrete friedensorientierte oder -stiftende Projekte münsterscher Schulen auszeichnen. Solche und ähnliche Programme sollten sich nicht scheuen, auch Probleme moderner westlicher Gesellschaften wie multikulturelle Konflikte zu erörtern, welche die heute junge Generation in Zukunft weiter herausfordern werden.

Förderung von Auszubildenden und Studenten

Auszubildende und Studenten, die sich ehrenamtlich für Senioren und Pflegebedürftige engagieren, sollten durch einen „Bildungspakt“ von Stadt, Industrie- und Handelskammern, Stiftungen und Unternehmen gefördert werden können, indem ihnen über einen gemeinsamen Fonds beispielsweise zinslose Darlehen zur eigenen Familiengründung angeboten werden.

Mediale Vielfalt statt medialer Monopole

Münsters Medienlandschaft wird durch die Platzhirsche WDR, Aschendorff-Verlag (Konglomerat aus Westfälische Nachrichten, Münstersche Zeitung und weiteren Medien) und Radio AM geprägt. Faktisch herrscht durch diese ein Informations- und Meinungsmonopol in unserer Stadt. Wir halten diesen Status quo im demokratischen Sinne nicht nur für nachteilig, sondern für die Weiterentwicklung des offenen Diskurses in der Stadtgesellschaft sogar für ungesund. Wir wollen, als Gegengewicht zu den markt- und somit meinungsbeherrschenden Monopolisten Münsters, mediale Vielfalt fördern. Eine wirkliche Vielfalt ist für die demokratische Weiterentwicklung unserer Stadt unabdingbar.

Insbesondere laden wir externe, innovative und echter Meinungsfreiheit verpflichtete Verlagshäuser dazu ein, sich mit ihren Medienprodukten in Münster zu engagieren. In diesem Zusammenhang wenden wir uns dagegen, dass die Stadt Münster ihre Internetpräsenz immer stärker politisiert und meinungsbildend ausbaut. Dies stellt in unseren Augen einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und eine Verzerrung des politischen Wettbewerbs dar.





Sport

Sportförderung

Die Stadt Münster und der Stadtsportbund e.V. arbeiten seit vielen Jahren erfolgreich zusammen. Wir wollen auch in Zukunft die Sportvereine jährlich aus dem kommunalen Haushalt fördern. Ebenso werden wir die Vereine bei der Unterhaltung, Betrieb und Sanierung von Sportanlagen wie bisher unterstützen.

Sportanlagen in den Stadtteilen

Die AfD setzt sich für den Erhalt der Sportstätten in den einzelnen Stadtbezirken ein. In jedem Stadtbezirk soll eine zentrale kommunale Sportstätte vorhanden sein. Im Stadtbezirk West sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Denn die Sportanlage an der Sentruper Höhe ist in weiten Teilen sanierungsbedürftig. Daher setzen wir uns für eine zügige Sanierung der vorhandenen Gebäude und der Wege ein.

Städtische Bäder

Dem Erhalt der menschlichen Gesundheit dient kaum eine sportliche Betätigung besser als das Schwimmen. Zu den Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gehört deshalb heute auch der Betrieb öffentlicher Bäder. Fast sechs Zehntel der unter Zehnjährigen sind aber keine sicheren Schwimmer mehr, wie die DLRG in einer Untersuchung im Jahr 2017 festgestellt hat. Die AfD unterstützt deshalb den Erhalt des Schulschwimmens im Rahmen des schulischen Sportunterrichtes. Schulschwimmen sollte zudem durch außerschulischen Schwimmunterricht ergänzt werden. Zudem befürwortet die AfD kommunale Förderprogramme, mit denen die Freude am Schwimmen und das Selbstvertrauen schon von Kleinkindern gefördert werden soll.

Die AfD will die kommunale Infrastruktur im Bereich der Bäder erhalten, teilweise kann sie noch ausgebaut werden. Hierbei sehen wir einen zusätzlichen Bedarf in den Stadtteilen, die in den nächsten Jahren durch Baumaßnahmen einen deutlichen Bevölkerungswachstum verzeichnen

werden. Daher befürworten wir den Neubau eines wettkampffähigen Bades in Gievenbeck. Sollten die Voraussetzungen dafür gegeben sein und die Gievenbecker dies wollen, käme auch die Anlage eines Naturbades infrage. Wir sehen ebenso zusätzlichen Bedarf für ein neues Bad in Gremmendorf (Konversion York-Kaserne). Die Traglufthalle für das Freibad Coburg halten wir für ein innovativen Ansatz zur Ergänzung des kommunalen Bäderangebotes. Wir wollen dieses Projekt weiterverfolgen. Insbesondere auch, um leistungsorientierten Schwimmern eine wettkampftaugliche 50-Meter-Bahn zu bieten. Auch das Engagement des Bürgervereins in Handorf begrüßen wir ausdrücklich. Daher unterstützen wir den Neubau des Bürgerbades in diesem Stadtteil, sowie die Verlagerung der Sportstätten hin zur Hobbeltstraße. Dieses Bad ist auch in Zukunft mit städtischen Mitteln zu fördern. Ein mit städtischen Mitteln errichtetes „Spaßbad“ lehnen wir hingegen ab. Denn dies hätte die Schließung mehrerer Bäder in den Stadtteilen zur Folge. Die Organisationsform der kommunalen Bäder wollen wir aber überprüfen. Die bereits beschlossene Ausweitung der Öffnungszeiten sowie die verbesserte Personalstruktur hat unsere Zustimmung.

Kunstrasenplätze erhalten

Die Europäische Union will Kunstrasenplätze verbieten. Deren Umweltbilanz muss abgewogen werden gegen ihre Vorteile wie Beispielbarkeit, Haltbarkeit, Pflegeaufwand und Verringerung des Verletzungsrisikos. Wir halten den Unterhalt einer begrenzten Anzahl mit Kunstrasen ausgestatteter Sportanlagen dennoch für vernünftig. Ascheplätze sollten dem sportlichen Bedarf entsprechend auch weiterhin in Kunstrasenplätze umgestaltet werden dürfen.

Sportliche Großveranstaltungen in Münster

Münster ist seit vielen Jahren Austragungsort mehrerer sportlicher Großveranstaltungen. Das „Turnier der Sieger“, der „Münsterland-Giro“ und der „Münster-Marathon“ gehören zu den jährlichen sportlichen Höhepunkten in der Stadt. Kritisch sieht die AfD hingegen sportliche Großveranstaltungen ohne einen gewachsenen Bezug zur Stadtgesellschaft, wie z.B. eine Tagesetappe der Tour de France in Münster. Solche Veranstaltungen verschlingen einen zweistelligen Millionenbetrag, leisten jedoch keinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Sportlandschaft in Münster. Die AfD lehnt daher eine Finanzierung solcher Sport-

Preußen-Stadion

Die Ratsmehrheit von CDU und Grünen hat sich für den Verbleib des Preußen-Stadions an der Hammer Straße entschieden. Diese Festlegung müssen wir akzeptieren. Wir werden uns daher für eine zügige Modernisierung des Stadions am jetzigen Standort unabhängig von der sportlichen Qualifikation einsetzen. Die für eine Lizenzierung des DFB notwendigen Erweiterungen tragen wir mit.



Infrastruktur

Stadtentwicklung

Das Narrativ der „wachsenden Stadt“ sehen wir kritisch und nicht positiv besetzt. Denn wachsende Stadt bedeutet mehr Straßen, mehr Flächenversiegelung und höhere Miet- und Grundstückspreise. Wenn immer mehr Menschen nach Münster ziehen, kann der Konflikt zwischen Beton und Leben auf Dauer nicht ausbleiben. Die verschiedensten „Masterpläne“ der Stadt verschließen sich sowohl dieser Erkenntnis, wie dem unabweisbaren Zusammenhang, dass unbegrenzte Bevölkerungszunahme und preiswerte Miete nicht miteinander vereinbar sind, ohne Raubbau an Landschaft und Natur zu betreiben.

Wir wünschen uns hingegen eine „lebenswerte Stadt“, die ihren gewohnten Charakter behält. Die AfD setzt sich ein für Wachstum, aber mit Augenmaß. Das Neubaugebiet „Markweg“ beispielsweise hätte eine von der AfD geführte Stadtverwaltung nicht ausgewiesen. Die Bezirksvertretungen widersetzen sich bereits vielen Bauvorhaben in ihrem Zuständigkeitsbereich. Aber mit derselben Beständigkeit setzt sich der Rat über sie hinweg. Wir meinen, es ist Zeit innezuhalten.

Uns beschäftigt in diesem Zusammenhang ein heute noch verwegen klingender Gedanke: Wenn die Belange von Handorf, Nienberge, Roxel oder Wolbeck nicht ausreichend berücksichtigt werden – warum dann nicht die demokratischste Lösung wählen, und die Autonomie der Stadtbezirke ausbauen? Die genannten Orte, wie auch Hiltrup, Angelmodde und Albachten waren einmal selbständige Gemeinden, und haben selbstverständlich auch heute das Zeug zur Selbstständigkeit. Die nur gegen großen Widerstand durchgesetzten Zwangseingemeindungen der 1970er Jahre wurden nie einer Evaluation unterzogen. Klar ist aber, dass die beabsichtigten finanziellen und personellen Einsparungen nie erreicht wurden. Politik muss auch bereit sein, Fehler einzugestehen. Die hier aufscheinenden Perspektiven benötigen zwar eine landesrechtliche Grundlage, die konkrete Umsetzung aber wäre auf der lokalen Ebene vorzubereiten.

Bauen und Wohnen

Für zweckmäßig halten wir:

- die weitere Förderung des Ausbaus ungenutzter Gebäudebestandteile.
- Verstärkter Ankauf kommunaler Belegungsrechte im Wohnungsbestand
- Einsatz für die Abschaffung der Grunderwerbssteuer beim Ersterwerb von Wohnraum zur privaten Nutzung über die kommunalen Spitzenverbände
- Nutzbarmachen versiegelter Flächen zur Wohnbebauung (zB. Haverkamp)
- Aufstockung der Wohnbaulandreserven mit prioritärer Vergabe an junge Familien
- Schnellere Baugenehmigungsverfahren
- Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus

Was wir aber nicht wollen ist, dass das Stadtbild von meist anonymen, auswärtigen Kapitalgebern bestimmt wird. Gewachsene Ortsbilder wollen wir durch eine behutsame Bauplanung erhalten. Dies gilt für die Innenstadt wie für die einzelnen Stadtteile gleichermaßen, die wenngleich in unterschiedlicher Weise dem Druck gesichtsloser, modernistischer Baustile ausgesetzt sind. Stringente Baupläne sollen architektonische Beliebigkeit verhindern. Regionale Baustile möchten wir schützen und wiederbeleben. Denkmalschutz ist eine Form von Heimatschutz. Auch religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minarette, sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie das Stadtbild beeinträchtigen.

Solange die Altparteien auf ihren eingefahrenen Gleisen rollen, besteht leider wenig Hoffnung auf Besserung. Wie es um die städteplanerische Leistungsfähigkeit in Münster generell bestellt ist, hat das Projekt „Hafencenter“ zur Genüge enthüllt. Mangelnde Voraussicht, Fehlplanung und Klüngel haben eine einmalige Chance verstreichen lassen, das Stadtzentrum zukunftsfähig zu machen.

Infrastruktur und Verkehr

Schon heute pendeln per saldo täglich 58.000 Berufstätige nach Münster ein und aus. Zumindest im Berufsverkehr ist deshalb die generelle Einführung von Tempo-30-Zonen unsinnig: Das Verkehrsaufkommen, Baustellen und Ampeln lassen eine höhere Durchschnittsgeschwindigkeit vielerorts ohnehin nicht zu. Wo hingegen Wohngebiete überdurchschnittlich insbesondere von Schwerlastverkehr betroffen sind, sollte die Rücksichtnahme auf die Rechte und die Gesundheit der Anwohner Vorrang vor der oft nur geringen Zeitersparnis des Verkehrs genießen.

Das von den Stadtwerken entwickelte Metrobusssystem, welches wir nachhaltig befürworten, konzentriert sich auf den ÖPNV innerhalb der Stadt. Der Ratsbeschluss zum Ausbau eines S-Bahnsystems soll zügig umgesetzt werden, um den Schienenverkehr attraktiver zu machen. Zugleich sprechen wir uns für die Anlage neuer Bahnhaltdepunkte in und um Münster aus, so am Preußen-Stadion, in Handorf, Südmühle oder etwa Loddenheide und Uniklinikum bzw. Mensa II. Die bestehenden Bahnhöfe in Sprakel, Albachten und Amelsbüren wollen wir aufwerten.

Sollte die Reaktivierung früherer Bahnlinien oder eine durchgehende neue Linie vom Ruhrgebiet bis Osnabrück nachweislich zur Entlastung der Münsterschen Verkehrslage beitragen, unterstützt die AfD ein solches Vorhaben.

Ein gänzlich kostenloser ÖPNV dürfte indessen finanziell unrealistisch sein. Schon heute subventionieren vollzahlende Fahrgäste und Steuerzahler die Beförderung zehntausender Studenten und anderer Einkommensloser. Für sozial und gesellschaftlich ehrenamtlich Tätige kann die vergünstigte Beförderung aber durchaus ausgebaut werden.

Beförderung zehntausender Studenten und anderer Einkommensloser. Für sozial und gesellschaftlich ehrenamtlich Tätige kann die vergünstigte Beförderung aber durchaus ausgebaut werden.

Alternative Verkehrsmittel wie Lastenräder und „Car-sharing“ zu fördern, versteht sich in einer unter dichtem Verkehr leidenden Stadt wie Münster deshalb von selbst. Die deutsche Fahrradhauptstadt sollte sich darin von Nutzung modernster Verkehrssteuerungstechniken wie adaptiver

niemandem übertreffen lassen. Ebenso wenig in der entschlossenen Ampelschaltungen, der Ausweisung von gemeinsam von allen Verkehrsteilnehmern zu nutzenden „shared spaces“ (gemeinsam geteilte Verkehrsräume) u. dgl. Öffentlich abrufbare Elektromobile für den kleinräumigen privaten Transport wie sie z.B. in der mit Münster in vielem vergleichbaren slowenischen Landeshauptstadt Laibach als „Kavaliere“ gut erprobt sind, wären zur Entlastung der Verkehrslage ein realistischeres Mittel, als etwa die vollständige Sperrung der Innenstadt für Kraftfahrzeuge. Für ein städtisches Verleihsystem für Fahrräder besteht in Münster hingegen kein Bedarf. Auf 300.000 Einwohner kommen fast 600.000 Fahrräder. Mit Anschaffungskosten von 10 Millionen Euro und laufenden jährlichen Verlusten von bis zu 3,5 Millionen Euro wäre ein solches System unwirtschaftlich. Private Verleihsysteme wie das in Münster bereits tätige „Swapfiets“ belegen, dass der Markt diesen Bereich selbst regeln kann.

Automobilität

Die AfD spricht sich für Tempo 50 als Richtgeschwindigkeit in Münster aus. Seit Jahren hat sich die Grüne Welle bei Tempo 50 in ganz Deutschland bewährt, weil sie dem regelkonformen Fahrer ein zügiges Fortkommen sichert.

Außerdem muss es einen Bestandsschutz für zugelassene Kraftfahrzeuge geben. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge lehnen wir als eine Form faktischer Enteignung ab, desgleichen Befahrungsverbote für einzelne Straßen, weil diese weite Umwege und damit eine insgesamt höhere Umweltbelastung zur Folge haben. Auch die Suche nach einem Abstellplatz für das eigene Kfz ist eine Umweltbelastung, vorhandene Parkhäuser sollen deshalb erhalten bleiben. Den Ausbau der B51 lehnen wir allerdings ab. Er bedeutet noch mehr Lärm und noch mehr Verkehrsaufkommen, und bringt eine unzumutbare Belastung für die Einwohner von Handorf mit sich.

Zudem muss mit einer noch weiteren Zunahme des Lkw-Verkehrs gerechnet werden. Natürlich wird der Ausbau von Rastanlagen wie in Roxel beklagt, aber das ist der Preis, der zu zahlen ist, solange wir unser Konsumverhalten und die Unternehmen ihre Bevorratungswirtschaft nicht ändern.

Politische Versprechen nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass“ sind hier unseriös.

Flughafen FMO

Zu den verkehrspolitischen Dauerthemen im Münsterland zählt der Flughafen Münster/Osnabrück. Auf der einen Seite wird behauptet, eine moderne Großstadt brauche einen Flughafen. Auf der anderen steht die negative finanzielle Bilanz sämtlicher Regionalflughäfen in der Bundesrepublik. Soll wirtschaftliche Vernunft den Ausschlag geben, darf ein Anteilseigner wie die Stadt Münster nicht noch mehr Geld in einem solchen Millionengrab versenken. Den weiteren Ausbau des FMO lehnt die AfD daher ab; wir sähen die dafür aufzuwendenden Mittel lieber in Bildung und Wissenschaft investiert.

Schilderwald auslichten

Zur Lebensqualität gehört auch, den Schilderwald auszulichten. Man fragt sich, ob Verkehrsteilnehmer von mehreren hunderttausend Ge- und Verbotsschildern, Hinweistafeln und Wegweisern inzwischen nicht stärker abgelenkt werden, als der Verkehrssicherheit gut tut?

Überhandgenommen haben in den vergangenen Jahren auch Belehrungskampagnen von Stadtverwaltung und Stadtwerken, die den Bürgern auf großflächigen Plakatwänden und Litfasssäulen usw. veranlassen sollen, ein gewünschtes Verhalten an den Tag zu legen. Wir halten dies für überflüssig und für Geldverschwendung. Die Bürger sind mündig, ihr Verhalten selbst zu verantworten. Ebenso sollten private, Stadt- und Landschaftsbild verunzierende Werbetafeln nur noch genehmigt werden, wenn ein unabweisbares öffentliches Interesse vorliegt.

Straßenumbenennungen vermeiden

Nicht minder überflüssig sind ideologisch motivierte Umbenennungen von Straßen und Plätzen. Betroffenen Anwohnern bereitet man mit ahistorischen Ansinnen dieser Art unnötige und vermeidbare Umstände.

Unter unrühmliche Aspekte unserer Vergangenheit einen Schlusstrich ziehen zu wollen, ist auch eine Flucht vor der Geschichte. Die AfD wird sich dem in den Bezirksvertretungen und im Rat auch zukünftig entgegenstellen.

Ebenso deutlich setzen wir uns für die Beibehaltung des Namens „Westfälische Wilhelms-Universität“ ein.

Kriegerdenkmäler: Kein Abriss oder Entfernung aus dem öffentlichen Raum

Ebenso deutlich sprechen wir uns gegen eine Entfernung oder den Abriss von Kriegerdenkmälern aus, oder gegen Maßnahmen, diese Denkmäler in ihrer Gesamtaussage zu neutralisieren. Dies gilt auch für Vertriebenen Denkmäler. Hierzu gehören für uns etwa Gegendenkäler in der Nähe zum Standort eines historischen Kriegerdenkmals oder die ideelle Neuverortung durch Tafeln, die dem Denkmal einen neuen Sinn geben sollen.



Umweltschutz



Grundsätzliches

Unsere politischen Gegner verbreiten gerne das Narrativ, der AfD seien Umwelt und Natur gleichgültig - aber wie kann einem in seiner Heimat verwurzelten Menschen seine Umwelt gleichgültig sein ?

Die Wahrheit ist: Wir als Alternative für Deutschland setzen uns selbstverständlich für den Erhalt, die Bewahrung und den entschiedenen Schutz unserer Heimat und Umwelt ein. Es ist ein Gebot der Verantwortung, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Umweltschutz ist keine Erfindung von Bürgerinitiativen oder Politaktivisten der 1970er Jahre. Der Ursprung der deutschen Naturschutzbewegung liegt in der bürgerlichen Reaktion auf die schädlichen Begleiterscheinungen der Hochindustrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg. Die Provinz Westfalen war hier wegen der unmittelbaren Betroffenheit im Ruhrgebiet sogar führend.

Allerdings sind wir inzwischen die einzige Partei, die noch zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen abwägt, statt unerfüllbare Versprechungen und Verheißungen zu verbreiten. Letztlich kann kein Staat, keine supranationale Organisation und auch keine Stadtverwaltung bewirken, was unserer nichtmenschlichen Mitwelt am meisten nützen würde: Die Anpassung des Konsum- und Mobilitätsverhaltens jedes einzelnen Menschen an die Tragfähigkeit der Erde.

Natur- und Landschaftsschutz

Münster verfügt innerstädtisch mit dem Aasee, der Promenade und diversen Parkanlagen, in den Außenbereichen mit der Hohen Ward, den Rieselfeldern, diversen Staatsforsten usw. über eine Reihe attraktiver Naherholungsräume. Diese bedürfen insbesondere in der „wachsenden Stadt“, die immer mehr Menschen - damit Lärm, Abgase, Verkehr usw. - anlocken will, unseres Schutzes. Zu begrüßen und zu forcieren ist die Umwandlung von Fichtenmonokulturen in Mischwald auf Windbruchflächen. Zusätzlich sprechen wir uns für die Neuanpflanzung von Alleen im gesamten Stadtgebiet aus. Die flächendeckende Abholzung auf Geheiß der EG in den sechziger Jahren war ein schwerer Fehler. Man könnte

dies verbinden mit der Anpflanzung eines neuen Baumes für jedes in Münster neugeborene Baby. Wo immer ein Mitbürger eine Baumpatenschaft übernehmen will, sei er dazu ermutigt ! Und wo immer möglich, sollten heute noch mit Asphalt und Beton versiegelte Flächen entsiegelt und der Natur zurückgegeben werden.

Ein Teil der Stadtfläche ist noch immer landwirtschaftlich geprägt. Die AfD bekennt sich zur heimischen Agrarwirtschaft. Viele Entwicklungen sehen wir kritisch. Die Europäische Union fördert mit ihrer Subventions- und Quotenpolitik das Entstehen industriell arbeitender Großbetriebe. Der Anbau von zur Verrottung bestimmter Biomasse statt Nahrungsmitteln führt zur Entstehung landwirtschaftlicher Monokulturen. Daher spricht sich die AfD gegen den weiteren Anbau von Mais zur Energiegewinnung aus Biomasse aus. Kantinen und Mensen, die in Münster täglich tausende Mahlzeiten zubereiten, sollten vorwiegend auf regionale Herstellung zurückgreifen.

Klimawandel

Niemand in der AfD bezweifelt den weltweiten Klimawandel. Über den genauen Anteil, den der Mensch hieran haben soll, herrschen auch in der AfD Zweifel. Trotzdem besteht natürlich auch eine lokale Verantwortung, mit den Folgen umzugehen. In den vergangenen Jahren war Münster beispielsweise mehrfach von extremen Unwetterereignissen betroffen. So im Jahr 2007 vom Orkan Kyrill, im Winter 2012 von extremen Schneemassen. Allen noch in Erinnerung ist das Hochwasser vom Juli 2014 mit Schäden von über 30 Millionen Euro. Möglicherweise ist hierzu auch das plötzliche, massenhafte Auftreten von Schädlingen wie dem Eichenprozessionsspinner zu zählen; für die Gesundheit der Allergiker sollte uns kein Aufwand zu hoch sein.

Mit Bedauern mussten wir allerdings zur Kenntnis nehmen, dass der Rat der Stadt Münster die Anträge unserer Ratsgruppe, Inlandsflüge von Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu beschränken, am Rathaus eine „Klima-Uhr“ anzubringen, oder den Dienstwagen des Oberbürgermeisters gegen ein verbrauchsärmeres Modell einzutauschen, einhellig abgelehnt worden ist. Unseren zunächst ebenfalls von den anderen Fraktionen abgelehnten

Vorschlag, auf öffentlichen Flächen je einen Baum für jeden Einwohner anzupflanzen, hat der Oberbürgermeister inzwischen erfreulicherweise übernommen.

Energieversorgung

Stromversorgung und Heizen sind menschliche Grundbedürfnisse. Deren Befriedigung muss durch eine ausgebaute und leistungsfähige Infrastruktur sichergestellt werden, die sich am Bedarf des Endverbrauchers orientiert. Energieversorgung allein auf Basis regenerativer Energieträger ist derzeit technisch nicht möglich. Denn diese sind nicht grundlastfähig und können auch nicht den Bedarf bedienen. Die durch die Anzahl der Verbraucher "wachsende Stadt" kann daher in absehbarer Zukunft auf grundlastfähige Energiequellen wie Kohle, Gas und Kernenergie kaum verzichten.

Den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen auf dem Stadtgebiet wie z.B. in Amelsbüren betrachten wir kritisch. Windkraftanlagen liefern keinen sicheren Strom. Ihre Rotorblätter töten in großer Zahl Vögel und andere Lebewesen, die in die Nähe der Windkraftanlagen geraten. Der von Windkraftanlagen ausgehende Infraschall stellt eine gesundheitliche Gefahr für die Bewohner der umliegenden Häuser dar. Die Entsorgung alter Anlagen ist nicht gesichert. Die AfD sieht auch in einer verbesserten Abstandsregelung zwischen Windrädern und Wohnbebauung keine Lösung. Denn solange der Gesetzgeber dem Ausbau der Windkraft in den Außengebieten Vorrang einräumt, entfalten gesetzliche Abstandsregelungen in der Praxis wenig Wirkung. Den Anwohnern ihren Widerstand sozusagen „abzukaufen“ (Bundesminister P. Altmaier), halten wir für einen Ausdruck der Verzweiflung.

Altbausanierung

Grundsätzlich begrüßen wir es, wenn private Eigentümer sich entschließen, ihre Immobilien energetisch zu sanieren. Die AfD spricht sich daher dafür aus, Programme zur Beratung und Förderung von Sanierungsmaßnahmen fortzuführen. Die Verhältnismäßigkeit überzogener Wärmestandards für Neubauten halten wir jedoch für nicht mehr gegeben. Die Kosten für die Einsparung weniger weiterer Kilowattstunden erreichen schnell tausende Euro. Münster sollte sich an die vernünftigen Vorgaben der EnBV 2014 halten, die ein vernünftiges Verhältnis aufgewendeter Kosten und eingesparter Energie gewährleistet.

Kritisch sieht die AfD den weiteren Einsatz von Wärmeverbundsystemen aus Polystyrol. Diese erhöhen die Brandgefahr. Notwendig sind zusätzliche Brandschutzverhütungsschauen durch die Berufsfeuerwehr, um entsprechende Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Auch die Entsorgung bzw. Weiterverwertung dieser Stoffe ist bislang nicht zufriedenstellend geklärt.

Weitere Maßnahmen auf kommunaler Ebene

Ein Wissenschaftsstandort wie Münster sollte nicht nur in den ausgewiesenen Technologieparks ein Selbstverständnis als Impulsgeber für intelligenten Umweltschutz ausbilden. Mit wenig Aufwand ließen sich beispielsweise nicht nur Reparaturcafés, sondern ganze Supermärkte fördern, wie sie in Skandinavien schon bestehen, um Ressourcen – und Geld ! – sparende Kreislaufwirtschaft zu unterstützen.

Wir wollen den Erhalt der natürlichen Artenvielfalt. Nicht nur leisten Bienen einen kaum zu qualifizierbaren Beitrag für die Nahrungsversorgung der Bevölkerung. Aus diesem Grunde unterstützt die AfD die Anbringung von „Insektenhotels“ an geeigneten Standorten im gesamten Stadtgebiet. Mit dieser einfachen Maßnahme kann ein wirksamer Beitrag zum Erhalt von Insektenarten geleistet werden.

LED-Leuchten sind eine Alternative zur bisherigen Beleuchtungstechnik im öffentlichen Raum. Die AfD begrüßt daher die Installation von LED-Leuchten auf den Straßen von Münster. Durch diese Form der Beleuchtung wird deutlich weniger Strom verbraucht und die Kosten für Energie gesenkt.

Im Aasee kam es im Sommer 2018 zu einem massiven Fischsterben. Die bislang ergriffenen Maßnahmen reichen zur Besserung der Wasserqualität nicht aus. Die höchste Selbstreinigungskraft hat ein natürliches Gewässer. Die Renaturierung der Aaseezuläufe im Bereich von Haus Kump bis zur Sentruper Straße halten wir deshalb für sinnvoll. Wir können uns darüber hinaus eine Ausdehnung der Naturschutzflächen in Richtung Nordwesten einschließlich einer Ausweitung des Baumbestandes bis in den innerstädtischen Bereich vorstellen.

Die „wachsende Stadt“ ist unvermeidbar mit einem höheren Lärmaufkommen verbunden. Als AfD setzen wir uns für einen konsequenten Lärmschutz der Bevölkerung in Münster ein. Ob bei Baumaßnahmen im Außenbereich ein aktiver oder ein passiver Lärmschutz verfolgt wird, soll aber in jedem einzelnen Fall individuell entschieden werden.

Die AfD sieht den gesetzlichen Grenzwert für Feinstaub in Innenstädten von 40 Mikrogramm pro m³ Luft kritisch. An Arbeitsplätzen gilt eine um den Faktor 20 höhere Obergrenze. Der derzeitige Wert ist das Ergebnis einer politischen, nicht wissenschaftlichen Bewertung. Gerichtliche Fahrverbote entbehren deshalb vielerorts der Grundlage. Die Stadt Münster sollte außerdem eigene Messstationen für Stickoxide unterhalten. Denn die vom Land eingesetzten Geräte und die Messmethoden stehen seit langer Zeit in der Kritik, die von ihnen ermittelten Werte werden bezweifelt.

Jeder Eigentümer sollte seinen privaten Garten nach eigenen Vorstellungen gestalten dürfen. Dies gehört zur grundrechtlichen Eigentumsgarantie. Einengende Vorschriften greifen zu weit in die Privatsphäre der Bürger ein. „Steingärten“ mögen ästhetisch nicht ansprechen, sind aber möglicherweise nur eine vorübergehende Mode. Die AfD lehnt daher auch die Einführung einer Baumschutzsatzung ab. Deren angestrebter Zweck wird nach Erfahrungen anderer Kommunen häufig nicht erreicht.

Die Einhaltung einer Baumschutzsatzung ist praktisch ohnehin kaum möglich, da mit hohem personellen und finanziellen Aufwand verbunden. Von Toronto bis Paris legen andererseits umweltbewusste Bürger neuerdings auf privaten wie öffentlichen Flächen „urban mini forests“ (städtische Mini-Wälder) an. Wir ermutigen dazu auch gerne die Münsteraner und stellen dafür gerne Fördermittel bereit.





Offen!
Ab 20. September
LWL-Museum für
Kunst und Kultur
Wir freuen uns über
unser neues Museum
LWL
Landesmuseum Westfalen-Lippe

Wir freuen uns über
unser neues Museum
LWL
Landesmuseum Westfalen-Lippe

Westfalen

Landschaftsverband Westfalen-Lippe aufwerten

Mit 17.000 Beschäftigten, die u.a. in 21 Krankenhäusern, 35 Förderschulen, 18 Museen und in den 7 Dezernaten am zentralen Sitz in Münster arbeiten, ist der Landschaftsverband Westfalen-Lippe einer der größten Arbeitgeber im Landesteil Westfalen. Sein Jahresetat beläuft sich auf rund 3 ½ Mrd Euro. Er ist zuständig für Jugendhilfe, Betreuung psychisch Kranker, Kulturarbeit u.a.m. Er fördert so wichtige Organisationen wie den Heimatbund, den Verein für Geschichte und Altertumskunde und die Westfälische Genealogische Gesellschaft.

Als Münsteraner und Westfalen sehen wir uns anlässlich der Kommunalwahl aufgerufen, den LWL als eine der wenigen dem Landesteil Westfalen verbliebenen institutionellen Klammern und seine verdienstvolle Tätigkeit wieder mehr ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Leider kann die Feststellung von Defiziten dabei nicht unterbleiben:

- 1.** Leitungsorgan des LWL ist die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, die regelmäßig im Landeshaus am Freiherr-vom-Stein-Platz in Münster tagt. Gerne wird sie als „Westfalen-Parlament“ bezeichnet, und tatsächlich ist sie historisch zurückzuführen auf den Provinzial-Landtag der ehemaligen preußischen Provinz Westfalen. Ihre über einhundert Mitglieder werden jedoch nicht von den Bürgern gewählt, sondern – wie im übrigen auch die Regionalräte auf Bezirksebene - nach der Kommunalwahl jeweils nach Parteienproporz unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgesucht. Die AfD hält dies für einen angesichts der Bedeutung des LWL unbefriedigenden Zustand, der auch dessen Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Landesregierung in Düsseldorf schwächt.
- 2.** Dem LWL sind im Laufe der Jahrzehnte immer mehr Zuständigkeiten genommen worden, zuletzt die für den Unterhalt der regionalen Straßen. Man hat von einer „Salami-Taktik“ der Düsseldorfer Regierungen jeder

Couleur gesprochen. Haben auch nicht alle Landesregierungen so offen wie seinerzeit MP Clement bekundet, westfälische Strukturen möglichst gänzlich zu zerschlagen, so ist die auf Austausch der gewachsenen historischen Identität der Landesteile gerichtete Politik aller bisherigen Düsseldorfer Regierungen zugunsten einer künstlichen „NRW-Identität“ doch nicht zu verkennen. Düsseldorf schwächt.

Auf der anderen Seite dürfte klar sein, dass niemand heute die Fusion des nordrheinischen Landesteils mit Westfalen für zwingend hielte, hätten die Alliierten 1946/47 anders entschieden und z.B. (wie aus der preußischen Provinz Schleswig-Holstein das gleichnamige Bundesland, aus der preußischen Provinz Hannover das leicht vergrößerte Bundesland Niedersachsen oder aus der preußischen Provinz Sachsen das DDR-Land Sachsen-Anhalt) aus der preußischen Provinz Westfalen ein leicht vergrößertes „Bundesland Westfalen-Lippe“ geschaffen. Schwerindustrielle Verflechtungen von Kohle- und Stahlwirtschaft im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet sind kein Grund für die Zusammenlegung mehr, seit im Ruhrgebiet mehr Menschen in Dönerbuden als in den beiden Branchen tätig sind. Ein westfälisches Bundesland mit ca. 20.000 qkm Fläche, über 8 Mio Einwohnern, einem leicht überdurchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt und einer Landeshauptstadt Münster oder Dortmund wäre selbstverständlicher Teil der bundesdeutschen föderalen Familie und eines der leistungsfähigsten Bundesländer.

Wir wollen hier nicht einstimmen in die „Windmühlen- und Pumpnickel-Romantik“ oder das Gejammer über die finanzielle Belastung Westfalens durch rheinische Spendierlaune. Aber wir wollen betonen, dass Identität für uns nicht nur eine nationale und lokale Dimension hat, sondern auch eine regionale. „Subsidiarität“ ist nicht nur ein Schlagwort für Sonntagsreden !

Und noch immer organisieren sich bekanntlich vielfältige Vereinigungen und Verbände wie der Heimatbund, Steuerberater und Zahnärzte, Kleingärtner, Imker und Landfrauen, Fahrlehrer, Angler und Gastronomen, Sparkassen, Schützenvereine sowie Turner und Tennisspieler, auch der Automobilverein, das Jugendherbergswerk und Schützenvereine auf westfälischer, nicht NRW-Ebene. Vereine kämpfen um Westfalen-, nicht NRW-Pokale, Unternehmen

und Zeitungen tragen den Landesnamen selbstbewusst und programmatisch im Titel.

Deshalb wollen wir den Kommunalwahlkampf nutzen, auch zu einer Aufwertung des Landschaftsverbandes und weiteren Maßnahmen zur Wahrung unserer westfälischen Identität aufzurufen !

Wir fordern daher:

- ➔ Die demokratische Wahl der Mitglieder der Landschaftsversammlung durch die Bürger über Kreislisten zeitgleich mit der Kommunalwahl.
- ➔ Die Rückgabe dem LWL entzogener Aufgaben.
- ➔ Die Übertragung weiterer Aufgaben an den LWL (zu denken wäre etwa an die Landvermessung, Statistik, Regionalplanung, Übernahme der kommunalen Pensionskasse in seinem Bereich, die Aufsicht über das Feuerlöschwesen, Tierhygiene, das Warendorfer Landgestüt u.ä.)
- ➔ Einen Sitz für den LWL im Rundfunkrat des WDR (z.B. anstelle der „Deutschen Initiative für den Nahen Osten“).
- ➔ Die Umwandlung der NRW-Stiftung in eine rheinische und eine westfälische Stiftung unter Aufsicht der jeweiligen Landschaftsverbände.
- ➔ Den Abzug von NRW-Behörden aus dem westfälischen Landesteil zu stoppen.
- ➔ Die Anpassung der räumlichen Zuständigkeit der NRW-Landesbehörden an die historischen Landesteilgrenzen.
- ➔ Die Umbenennung der Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster in „Nord-Westfalen“, „Ostwestfalen“ und „Süd-Westfalen“.

Verwaltungsstrukturreformen

Um das endlose Thema Verwaltungsstrukturreform ein für alle Mal abzuschließen, könnte dies mit einem großen Wurf verbunden werden, den staatlichen und kommunalen Verwaltungsbau NRWs aus Gemeinden, Kreisen, Bezirken, Landschafts-, Zweck- und Regionalverbänden, sowie Landesbehörden und -betrieben endlich einmal in eine überschaubare Ordnung zu überführen.

Perspektiven

Die künftige LWL-Fraktion der AfD ist berufen, diese Vorschläge weiter auszuarbeiten, und in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und dem Landesvorstand politisch zu operationalisieren. Auch weitergehende Initiativen zur Stärkung unserer westfälischen Identität sind selbstverständlich zu begrüßen !





GR
Küppel

Schlußwort

Zum Abschluss ein Wort des Dankes: Dafür, dass Sie durchgehalten und unser Wahlprogramm bis zum Ende gelesen haben.

Im direkten Kontakt mit Bürgern, die zuvor lediglich das von den Medien und politischen Wettbewerbern verzerrte Bild der AfD kannten, aber nie mit Mitgliedern gesprochen, Veranstaltungen besucht oder unsere Parteiprogramme gelesen hatten, erfahren wir immer wieder, dass ihre Vorurteile sich in Luft auflösen.

Wenn Sie andere Meinungen haben, was Ihr gutes Recht ist, treten wir gerne in einen Dialog mit Ihnen ein.

Wir freuen uns, wenn Sie uns schreiben, anrufen oder mal beim Bürgertreff besuchen, damit wir ein persönliches Gespräch mit Ihnen führen können. Denn es geht schließlich um Münster und unsere Heimat.

Denn Sie wissen doch jetzt:

Es gibt sie, die Alternative auch für Münster !

www.afd-rat-ms.de

www.afd-muenster.de



www.facebook.com/afdmuenster



www.instagram.com/afd.muenster



www.twitter.com/afd_muenster



www.gab.com/afdmuenster

Spendenkonto:

Kreisverband Münster

IBAN DE86 4005 0150 0034 3836 53

Impressum

Herausgeber:
AfD Kreisverband Münster